

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22. Druck und Versand Joh. van Aken, Erefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913.

Das Generalsekretariat des Gesamtverbandes veröffentlicht in der jüngsten Nummer des „Zentralblattes“ den Bericht über die Entwicklung und Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913. Soweit der Bericht grundsätzliche Stellung nimmt zu den verschiedensten Vorkommnissen und Erscheinungen des vergangenen Jahres, die die christlichen Gewerkschaften berührten, werden wir in einem besonderen Artikel auf ihn zu sprechen kommen. Diesmal soll es sich lediglich um das ziffermäßige Ergebnis handeln.

### Mitgliederverhältnisse.

Natürlich ist die Ungunst der Wirtschaftskonjunktur auf die christlichen Gewerkschaften nicht ohne Einfluß geblieben. Sie übernahmen schon vom Vorjahre her keine besonders leichte Erbschaft, da die Aufwärtsentwicklung gegen das Ende des Vorjahres hin immer langsamer und zögernder vor sich gegangen war. Im Berichtsjahre selbst hielt nicht nur diese Tendenz an, sondern sie schlug allmählich hier und da in einen Rückgang um, der erst im laufenden Jahre zum Stillstand gebracht werden konnte. Seitdem ist es gelungen, die Bewegung wiederum auf eine aufsteigende Linie zu bringen. Darin liegt der beste Beweis dafür, daß die Störung in der Entwicklung nur eine vorübergehende war, daß die Gewerkschaftsbewegung heute stark genug ist, um auch aus der ungünstigsten Verschiebung der Verhältnisse keinen bleibenden Schaden zu nehmen und daß insbesondere der künstlich forcierte Jubel der Gelben und ihrer Brotherrn über die Schwächung der „Kampfgewerkschaften“ in den Tatsachen nicht begründet ist. Nicht der Rückgang ist das Charakteristische an der Entwicklung des Berichtsjahres, sondern die geringe Ausdehnung dieses Rückganges. Denn was besagt der Verlust von einigen tausend Mitgliedern, der zudem im laufenden Jahre längst wieder mehr als wettgemacht ist, in einer Zeit der Krise mancher Erwerbsgruppen, wobei teilweise einschneidende Neuerungen in den betr. Gewerkschaften vorgenommen oder wirksam wurden — in einer Zeit sodann, wo in der Öffentlichkeit die Sozialreform allgemein und die Organisationstätigkeit der Arbeiter insbesondere Tag für Tag gegen die wütendsten Angriffe verteidigt werden muß!

Die christlichen Gewerkschaften zählten im Durchschnitt des Jahres 1913 insgesamt 342 785 Mitglieder gegen 344 687 im Durchschnitt des vorausgegangenen Jahres. Der Rückgang beträgt somit 1902 Mitglieder oder gut 1/2 Prozent. Am Schlusse des Jahres 1913 wurden 341 735 Mitglieder gezählt anstatt der 350 930, welche das Jahr 1912 an seinem Schlusse aufgewiesen hatte. Das entspricht einem Minus von 9 195 = 2,6%.

Von dem Rückgange sind nicht alle Verbände im gleichen Maße betroffen. Einzelne Organisationen, so die der Staatsarbeiter, der Keram- und Steinarbeiter u. a., haben sogar einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Dagegen haben die größeren Verbände, Bergarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter u. a., einen Verlust zu buchen, vor allem deshalb, weil sie die Folgen der schlechten Konjunktur ganz besonders zu spüren hatten und eine Reihe anderer Umstände ihre Mitgliederentwicklung beeinträchtigte.

### Klassenverhältnisse.

Läßt die Mitgliederbewegung unbefriedigt, obgleich sie durchaus erklärlich ist, so bietet hingegen die Entwicklung der Klassenverhältnisse ein umso erfreulicheres Bild. Als die Wirtschaftskonjunktur vor der letzten, noch andauernden Konjunkturperiode im Jahre 1908 ihren tiefsten Stand erreicht hatte, waren die christlichen Gewerkschaften die einzige von den drei Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung, die, neben dem allgemeinen Mitgliederverlust, nicht auch noch an Einnahmen eingebüßt hatte. Die christlichen Gewerkschaften konnten vielmehr damals eine stattliche Stärkung ihrer Finanzkraft buchen. Auch diesmal wieder hat ihnen die Wirtschaftskrise

zwar Mitglieder entrißen, aber finanziell stehen sie im Berichtsjahre, im Vergleich zum Vorjahre, erheblich gekräftigt da. Sie vereinnahmten insgesamt 7 177 764 Mark gegen 6 608 350 M. in 1912, somit 569 414 M. mehr. Allerdings sind die Ausgaben unter der Einwirkung der Depression noch erheblich gewachsen, nämlich von 5 222 727 M. in 1912 auf 6 102 688 Mark in 1913, d. h. um 879 961 M. Dennoch schnellte die Summe der Vermögensbestände wieder um mehr als eine Million in die Höhe, indem sie von 8 575 658 M. (1912) auf 9 682 796 M. im Berichtsjahre, d. h. um 1 107 138 M., anwuchs.

Was die Summen der einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten anbelangt, so bietet ein Vergleich mit dem Vorjahre das folgende Bild:

	Einnahmen:	
	1912 M.	1913 M.
Aufnahmegebühren	50 866	43 834
Beiträge	5 966 965	6 308 245
Getrabeteiträge	89 151	85 296
Sonstige Einnahmen	551 368	790 889
Ausgaben:		
Verbandsorgan	549 978	571 236
Agitation	670 429	775 638
Streik- und Gemäßregeltenunterstützung	654 323	989 631
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	201 223	285 755
Krankengeld	781 293	816 682
Sterbegeld	205 088	206 413
Rechtsschutz	116 703	131 707
Sonstige Unterstühtungen	57 611	68 450
Persönliche Verwaltungsausgaben	170 754	191 939
Sachliche Verwaltungsausgaben	259 936	304 040
Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	133 267	42 322
Beitrag an den Gesamtverband	93 332	95 693
Anteil der Vorkassen	1 145 722	1 192 429
Sonstige Ausgaben	203 028	430 738

Wie die Gegenüberstellung der Einnahmen zeigt, wuchs die Summe des Berichtsjahres in der Hauptfache aus den regelmäßigen Beitragsleistungen an. Trotz des Rückgangs in der Mitgliederzahl wurden nämlich, genau wie das im vorhergegangenen Jahresbericht im Vergleich zum Jahre 1911 festgestellt werden konnte, auch im Berichtsjahre wiederum rund 340 000 M. mehr an Beiträgen geleistet.

Unter den Ausgaben stehen mehrere Posten hervor, jedoch nur solche, deren Erklärung sich im Hinblick auf die eigenartige Struktur des Berichtsjahres ohne weiteres ergibt. Daraus erklärt sich das Anwachsen der Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Man vergegenwärtige sich, daß allein der Holzarbeiterverband 72 000 M. Arbeitslosenunterstützung auszahlen mußte gegen 34 000 M. im Jahre vorher. Ganz erheblich, nämlich um rund 335 000 Mark, ist die Summe der

### Streik- und Gemäßregeltenunterstützung

gestiegen. Hier war es zunächst der Textilarbeiterverband, der, gemessen am Vorjahre, rund 175 000 Mark mehr zu verausgaben gezwungen war, was die starke Inanspruchnahme durch einige größere Lohnbewegungen mit sich brachte. Auch Metall-, Bau- und Holzarbeiter leisteten erheblich mehr, wie ferner für eine Anzahl kleinerer Verbände das Berichtsjahr recht bewegt war. Dann aber kostete den Malerverband die große Tarifbewegung rund 100 000 M. mehr als alle seine Bewegungen des vorausgegangenen Jahres. Die übrigen Unterstützungsarten wuchsen im Verhältnis der natürlichen Steigerung der Ansprüche der Mitglieder an. Eine Verschiebung weist von den verbleibenden Posten nur noch die Rubrik Bibliothek und sonstige Bildungszwecke auf, was hauptsächlich in einer anderen Verteilung der hier einschlägigen Ausgaben des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter begründet liegt.

Wird der Betrag der Streik- und Gemäßregeltenunterstützung außer Betracht gelassen, so ergibt sich eine Erhöhung der Gesamtsumme der ausgezahlten Unterstützungen um fast 170 000 M. im Vergleich zum Vorjahre. Die Jahre wirtschaftlichen Drucks bringen für die Finanzkraft der Gewerkschaften recht starke Belastungsproben, die nur Verbände mit gesunder Grundlage und solider Finanzgebarung auszuhalten vermögen. Bis auf das Jahr 1905

zurückgeführt, zeigt die Verteilung der Ausgaben auf die Streikunterstützung einerseits und die übrigen Unterstützungsarten andererseits das nachstehend verdeutlichte Verhältnis:

Jahr	Insgesamt M.	Streik- u. Gemäßregeltenunterstützung M.	Sonstige Unterstühtungen M.
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1906	1 364 105	853 435	510 670
1907	1 451 748	743 270	708 478
1908	1 401 385	424 992	976 393
1909	1 703 473	489 023	1 214 450
1910	2 393 775	1 239 500	1 154 275
1911	2 442 945	1 199 598	1 243 347
1912	1 996 236	654 323	1 341 913
1913	2 498 638	989 631	1 509 007

### Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge.

Im allgemeinen konnte mit der Aufbesserung der Konjunktur in den Jahren 1910—1912 ein Anwachsen der Streikziffer festgestellt werden, das im Jahre 1913 unter dem Druck der Verschlechterung des Arbeitsmarktes (verstärkt durch die wachsende Zuwanderung ausländischer Arbeiter und die immer mehr anschwellende Konkurrenz der Frauenarbeit) wieder nachließ. Bei den christlichen Gewerkschaften dagegen zeigt das Berichtsjahr in wichtigen Positionen gegen das Vorjahr eine größere Lebhaftigkeit. Das hängt allerdings mit der anders gearteten Zusammensetzung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, verglichen etwa mit der sozialistischen, zusammen, soweit es sich um die zahlenmäßige Bedeutung der durchweg eher von Streiks erfaßten Berufe für das Ganze der beiden Gewerkschaftsrichtungen handelt.

Die Gesamtzahlen der Lohnbewegungen und der an denselben Beteiligten zeigen im Berichtsjahre, gemessen an den Zahlen des Vorjahres, eine fast gleichmäßige, und zwar recht erhebliche Steigerung auf. Damals hatten sie 1184 bzw. 53 623 betragen, diesmal aber stellen sie sich auf 1506 bzw. 95 529. Entscheidend beeinflusst ist diese Entwicklung allerdings auch im vorliegenden Falle wieder durch den Anteil der Bauarbeiter, die 42 136 Mann in den Bewegungen hatten gegen nur 3885 im Jahre vorher. Sieht man von ihnen ab, so ist die Veränderung gegenüber dem Vorjahre nicht besonders wesentlich. Beides trifft auch zu für den Anteil der friedlich verlaufenen Bewegungen an der Gesamtzahl, nur daß hier das ohnehin bereits überaus günstige Verhältnis der Vorjahre nochmals wieder eine kleine Verbesserung erfahren hat. Betrag nämlich der Anteil der friedlich verlaufenen Bewegungen im Jahre 1911 schon 69% mit 64% der Beteiligten und im Jahre 1912 gar 70% mit 78% der Beteiligten, so stellt er sich im Berichtsjahre auf annähernd 77 1/2% mit wiederum 78% der Beteiligten. Das ist bei den zum Teil recht tief eingreifenden Kämpfen des Berichtsjahres jedenfalls von größtem Belang.

Im übrigen verdienen auch in diesem Jahre wieder einige Verschiebungen, die den Charakter der nicht friedlich verlaufenen Bewegungen betreffen, aufmerksame Beachtung. Es ergaben sich folgende Vergleichsreihen:

	Anzahl		Beteil. Personen	
	1912	1913	1912	1913
Angriffstreiks	250	224	8599	6 672
Abwehrstreiks	77	72	1345	1 608
Ausperrungen	32	35	3180	12 756

Es ist also nur bezüglich der Zahl der Kämpfe, daß, wie auch in den Vorjahren, die Angriffstreiks eine größere Unterlegenheit zu verzeichnen haben. Hinsichtlich der Zahl der Kämpfer dagegen ragen die Ausperrungen auffallend stark hervor. Die Tendenz zu dieser Entwicklung konnte schon in früheren Jahren festgestellt werden. Nur das Vorjahr brachte eine Unterbrechung. Das Ergebnis des Berichtsjahres beweist, daß wir damals mit Recht vor eifertigen Schlussfolgerungen aus dieser Unterbrechung warnten. Genau so, wie in den früheren Jahren, haben auch im Berichtsjahre wieder die Textilarbeiter die ärgsten Stöße auszuhalten müssen; neben ihnen sodann die Maler.

Ueber die Ursachen, die Anlaß zu den Bewegungen boten, folgendes: Gegenüber den Vorjahren ist insofern eine Ergänzung eingetreten, als diesmal

auch die friedlich verlaufenen Bewegungen berücksichtigt sind. Gründe für den Eintritt in die Bewegungen waren:

	Anzahl der Fälle
Forderungen höheren Lohnes	508
Forderungen verkürzter Arbeitszeit	14
Eine Verbindung dieser beiden Forderungen	809
Abwehr von Verschlechterungen	142
Sonstige Ursachen	180

Lohnforderungen sind es zunächst und in erster Linie, die die Arbeiter in den Kampf führen; daneben dann das Streben nach verkürzter Arbeitszeit. Das ist und bleibt der Kern der gewerkschaftlichen Tätigkeit, und es ist nur selbstverständlich, daß das Berichtsjahr in seinen Zahlen einen neuen Beleg dafür bietet. Recht bemerkenswert ist sodann die im Vorjahre bereits zahlenmäßig von uns belegte Tatsache, daß die Zahl der zur Durchführung von Tarifverträgen erforderlichen Streiks eher zu- als abnimmt. Die Bauarbeiter verzeichnen im Berichtsjahre 62 solcher Streiks, die Textilarbeiter 5, die Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter 6, die Keramik- und Steinarbeiter 1, die Lederarbeiter 3, die Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter 1 und die Gärtner 1.

Der Ausgang der gewerblichen Kämpfe im Berichtsjahr weicht zwar vom Vorjahre nicht gerade wesentlich ab, doch ist das stärkere Ueberwiegen der günstigeren Note unverkennbar. Näheres möge die nachstehende Tabelle erweisen:

	erfolgreich		teilw. erfolgreich		erfolglos	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Angriffstreiks	108	129	99	61	43	43
Abwehrstreiks	21	39	32	17	24	16
Ausperrungen	6	13	19	16	7	6

Vor allem sind es die Angriffstreiks, die durch ihren für die Arbeiter vorteilhafteren Ausgang ausfallen. Weit günstiger kommen diesmal sodann die Ausperrungen weg. Die in der allgemeinen amtlichen Streikstatistik neuerdings unterstrichene Tendenz des Ueberwiegens der teilweisen Erfolge, die wir im vorigen Jahre ebenfalls hervorhoben, kommt im Berichtsjahre entschieden weniger zur Geltung.

### Schlussbemerkungen.

„Die christlichen Gewerkschaften werden ungeachtet aller Widerstände, die ihre Mission findet“, so heißt es zum Schluß in dem Berichte des Generalsekretariats, „an ihrem Werke, das ein wirkliches Versöhnungswerk ist, weiterarbeiten. Sie haben sich niemals der Illusion hingelassen, das, was in Jahrzehnten gesündigt worden ist, in einigen Jahren von Grund auf ändern zu können. Aus der Gestaltung der Verhältnisse im Berichtsjahre haben sie die Ueberzeugung gewonnen, daß trotz allem die Logik der Tatsachen in ihrem Sinne entscheiden wird. Nicht fatalistisch warten wir diese Entwicklung ab, sondern wir sind bereit, jeder zu unserm Teile mitzuarbeiten, daß der Prozeß des Umdenkens sich durchsetzt und das Ziel einer ehrlichen, redlich aufgefaßten sozialen Annäherung allgemeine Geltung erlangt. Gerade jetzt, wo die Gegensätze gewalttätig auf die Spitze getrieben werden sollen, ist der Zeitpunkt gekommen, daß unser Volk von selbst auf den Ausweg gedrängt wird, der sich ihm in dem christlichen Gewerkschaftsgedanken darbietet.“

## Der IX. Kongreß der sozialdemokratischen Gewerkschaften

tagte vom 22.—27. Juni in München. Bemerkenswert ist, daß zum ersten Male an der Tagung auch ein Vertreter der Gesellschaft für Sozialreform teilnahm, und daß sich bei der Besprechung des sozialpolitischen Berichtes eine lebhafte Diskussion über die Betätigung der „freien“ Gewerkschaften innerhalb der Gesellschaft für Sozialreform und ähnlicher bürgerlicher Vereinigungen entspann. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Mitarbeit in den bürgerlichen Vereinigungen ist nichts anderes als ein Bekenntnis des Bankrotts der bisherigen Taktik der „freien“ Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei; eine Anerkennung der Grundzüge und der Mittel, zu denen sich die christlichen Berufsverbände immer bekannt haben. Wir werden auf diese, zweifellos sehr wichtige Debatte noch zurückkommen.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Frage der

### Grenzstreitigkeiten

ein Referat und Diskussion haben mehr als einen vollen Tag beansprucht, wobei die Diskussion obendrein abgedreht wurde, als noch 25 Redner gemeldet waren. Im ganzen freilich plätscherte auch diese Debatte ziemlich ruhig dahin; fast, als wenn man der Meinung Ausdruck geben wollte, hier streiten wir um eine Sache, die wir unter den vermaligen Produktionsverhältnissen nicht ändern können. Ab und zu kam dann allerdings der Zwiepsalt voll zum Ausdruck. Er loderte am heftigsten zwischen den Transportarbeitern und dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, die den Kongreß mit gegenseitigen Erklärungen traktierten. In diesen Verbänden spielt der Streit unter dem frischen Eindruck eines

Schiedspruchs sich ab, gegen den die Transportarbeiter sich wie die Löwen wehren; bestimmte Arbeitergruppen, insbesondere Kutscher in Brauereien, Bierniederlassungen, Kellereien und Mineralwasserbetrieben sollen künftig von dem Transportarbeiterverband weggenommen und dem Brauereiarbeiterverband überwiesen werden, um diesen, wie so zwischen durchleuchtete, lebensfähiger zu gestalten und ihn „gegenüber dem Brauereikapital“ in Aktion zu erhalten.

Wenn aber die Transportarbeiter, die sich besonders mit Lelpart, dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes und Mitglied des Schiedsgerichtes für Grenzstreitigkeiten, auseinandersehen, in einer besonderen Erklärung verlangten, „daß für schiedsgerichtliche Entscheidungen ein Berufungsverfahren gesichert wird“, so braucht man kein Prophet zu sein, um zu erkennen, daß ein solcher Vorschlag den Anfang vom Tode eines Schiedsgerichtes bedeuten würde. Dennoch ist eine Art Berufungsinstanz gegen die Entscheidung der Schiedsgerichte geschaffen worden.

Die ganze Debatte über das Thema der Grenzstreitigkeiten, die einzelne Verbände zweifellos sehr vital berühren, mußte naturgemäß einen ziemlich negativen Ausgang nehmen. Auch die hierzu angenommenen lange Resolution wird den Palmzweig des Friedens nicht allzulange bieten können, wenn auch die übergroße Mehrheit der Delegierten auf dem Standpunkte von Legien stand: An dem Grundsatz der Berufsorganisation muß für absehbare Zeit festgehalten werden; es ist auch nicht der geringste Grund vorhanden, hierin etwas zu ändern, da die Betriebsorganisation zurzeit unmöglich ist. Die Schwierigkeiten, die sich aus dem heutigen Zustande ergeben, müssen ausgeglichen werden und sie können es, wenn nur die Funktionäre sich immer von ruhigen und sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Wertvoll aber ist in diesem Zusammenhang das Geständnis Legiens, daß die Schlagfertigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation nicht von der Mitgliederzahl, sondern von den inneren Zuständen abhängig ist. Um deswillen, weil man in diesen Kreisen nicht gar so selten, wenn auch früher mehr als jetzt, reichlich von dem „Häuflein Christlicher“ gesprochen hat.

Aus den

### Berichten über allgemeine Agitation,

wie sie zum Eingang des Kongresses gegeben wurden und im Verlaufe der Debatte wiederholt durchliefen, sind die Klagen von Interesse, die sich um die Arbeiterinnenbewegung gruppieren. Dieser Bericht war nach der praktischen Seite etwas mager und erging sich, wie auch der Bericht der sozialpolitischen Abteilung, vielmehr in allgemeinen Wendungen als in Ausführung von Tatsachen, die auf eine reze fruchtbare Arbeit schließen lassen. Die Schwierigkeiten bei der Arbeiterinnenorganisation treten ja schließlich überall zutage, aber wenn die Berichterstatterin, Frau Hanna, so beweglich über die Erfolge der bürgerlichen Arbeiterinnen- und Frauenbewegung bei den sozialen Wahlen zu reden wußte, und wenn wie Frau Käbler, von den roten Hausangestellten es „beschämend für die allgemeine Arbeiterbewegung“ findet, daß im Verband kath. Dienstmädchenvereine schon 17000 Mitglieder sind, so muß man daraus schließen, wie wenig zufriedenstellend es den Roten bislang beim „Kampf um die Seele der Arbeiterin“ geht. Daraus könnten auch wir, in der christlichen Arbeiterbewegung, so meine ich, recht viel lernen.

Auch aus der Teilnahmslosigkeit des Kongresses gegen die Frauen: nur zwei Rednerinnen, und zwar eine davon von einem direkt interessierten Verband, sprachen zum Punkt Arbeiterinnensekretariat und fast resigniert meinte Vorsitzender Schilde: „Das Wort wird nicht mehr verlangt.“

### Das Kapitel der

Unterstützungen bei Streiks und Ausperrungen wurde ebenfalls Gegenstand einer längeren Entschliebung, die grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß Führung von Lohnbewegungen und Beschaffung von Mitteln hierzu zunächst eigenste Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft ist, daß aber in besonderen Fällen die Generalkommission ermächtigt ist, „die Beschaffung finanzieller Mittel auch ihrerseits durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen“. Die weiteren Bestimmungen sind ziemlich ausführlich und lassen darauf schließen, daß bislang nicht immer die besten Erfahrungen gemacht wurden und man die Schraube etwas schärfer anziehen will.

In einer besonderen Resolution wurden Tätigkeit und Aufgaben der Gewerkschaftskartelle festgelegt, denen ja auch auf Seite der christlichen Gewerkschaften mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, wie unser Dresdener Kongreß gezeigt hat. Mit dem Vohlott, der vielfach von Kartellen verhängt wurde, scheint man ebenfalls nicht zufrieden zu sein; ein Redner war der Meinung, daß man mit Verhängung desselben vorsichtig sein müßte.

Auch

### Massenstreik und Maifeier

spielten eine wenn auch untergeordnete Rolle auf dem Kongreß; immerhin ein neuer Beweis dafür, daß der Traum des ersten noch lange nicht ausgeträumt ist, und daß man an der letzteren recht wenig Freude erlebt. Viehwann, ein Metallarbeiter aus dem Kulturgebiete der „Leipziger Volkszeitung“, wollte zur Verteidigung des Koalitionsrechtes auch den Massenstreik in Anwendung

gebracht wissen, zog aber diese Forderung dann zurück; eine grundsätzliche Ablehnung des Massenstreiks hatte man aber von dem Büro des Kongresses und auch von den Referenten vergeblich erwartet. Die Maifeierfrage kam in Verbindung mit einer ganz gelinden Reiderlei vor das Forum des Kongresses. Die Zahlstelle Wolfenbüttel des deutschen Metallarbeiterverbandes verlangte in einem Antrage, der aber nicht genügend unterstützt wurde, die „Maifeier so festzulegen, daß es auch den Arbeitern möglich ist, den 1. Mai zu feiern, andernfalls auch die angestellten Beamten zu arbeiten haben“. Das Gewerkschaftskartell Ebernforde beantragte, in seinem ebenfalls nicht unterstützten Antrag, die Abschaffung des Maimarkensystems und die Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Mitglied und Monat. Der Kongreß aber hatte keinerlei Lust, darüber zu diskutieren, wohl in der nicht ungerechtfertigten Annahme, daß zu diesem Punkte heuer noch der internationale Kongreß in Wien und der Parteitag in Würzburg genug reden werden.

Das Referat über die Volksfürsorge, erstattet von Gustav Bauer-Berlin, war zweifellos eines der schwächsten. Es bewegte sich ziemlich viel in Gemeinplätzen, war mit zahlreichen Ausfällen gegen die anscheinend recht empfindliche Konkurrenz der Deutschen Volksversicherung gespickt und wohl auch nur auf eine rein agitatorische Wirkung auf die Kongreßdelegierten berechnet. Ein Antrag, bei der Volksversicherung noch die Feuerversicherung anzugliedern, wurde abgelehnt, da seiner Durchführung noch gesetzliche Hindernisse im Wege stehen. Daß die Gelder der Volksfürsorge dem Bauernvereins- und Konsumvereinswesen dienstbar gemacht werden sollen, ist nicht neu, aber für unsere eigene künftige Agitation auf dem Gebiete nicht ohne Wert.

Zur

### „Handhabung des Reichsvereinsgesetzes“

sprach Brey-Hannover, der stellenweise auch ziemlich scharfes Geschütz aufführte und den Vorwurf der politischen Betätigung der Gewerkschaften damit zu unterstützen suchte, daß er meinte, es hätten eben nur einzelne Zahlstellen zu politischen Zwecken Geld gegeben. Er führte u. E. sehr mit Unrecht Klage darüber, daß gegenüber den christlichen Gewerkschaften eine andere, mildere Rechtsauslegung stattfände, vergaß aber dabei, den fundamentalen Unterschied ins Feld zu führen, der in der grundsätzlichen Auffassung der Arbeiterfrage und der Bestrebungen zu ihrer Lösung zwischen den beiden Richtungen besteht und der just zur Gründung der christlichen Gewerkschaften führen mußte. Nach einer Aufzählung der Wünsche in bezug auf Aenderung des Vereinsgesetzes wird in der Resolution die Generalkommission beauftragt, „alle Fälle einer ungleichen, die Verbände der Unternehmer, der vaterländischen gelben Arbeiter und bürgerlichen Jugendvereine bevorzugenden Anwendung des Vereinsgesetzes zu sammeln und zur Erreichung eines freien Vereins- und Versammlungsrechtes zu verwenden“.

Das Referat über

### Arbeitswilligenchutz

erstattet von Schilde-Stuttgart, konnte besonders Neues nicht bringen; es war ihm, wie manchen anderen Vortragern, der dritte Deutsche Arbeiterkongreß durch seine entschiedene und sachliche Stellungnahme zuvorgekommen. Die von Schilde vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen, nachdem neben anderen Debatterebnern Fröhlich-Böln darauf hinweisen zu müssen glaubte, daß „der Massenstreik nicht mehr überflüssig sei, wenn solche Bluttatellen wie in Lößtau fallen“.

### Die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise

behandelte Neumann-Berlin, dessen Entschliebung nach einer ziemlich regen Debatte, in der wiederholt der Schmerz durchdrang, daß der Stuttgarter Arbeitsnachweis den Händen der Sozialdemokraten entwunden ist, einstimmig angenommen wurde. Die Entschliebung weist „den Anspruch der Unternehmer, allein den Arbeitsnachweis zu beherrschen, entschieden zurück und steht die beste Lösung in einer gesetzlichen Regelung, die alle paritätisch organisierten Arbeitsnachweise anerkennt und zu gemeinsamer Wirken verpflichtet. In der Bekämpfung der tariflichen Facharbeitsnachweise durch den Verband deutscher Arbeitsnachweise erblickt der Kongreß eine verhängnisvolle Schädigung der gesamten Arbeitsvermittlung, wie auch der gesunden Entwicklung des Arbeitsrechtes auf paritätischer Grundlage.“

Die

### Arbeitslosenfürsorge,

die uns als Thema allerdings auch nichts besonders Neues bringen konnte, behandelte in großzügiger, ruhiger Weise Winnig vom Bauarbeiterverband, dessen Diskussionsrede zu diesem Problem auf dem letzten Parteitag der Sozialdemokraten in Jena schon hervorragend abstrach gegen das Gepolter, das damals der bayerische Landtagsabgeordnete Timm vollführte. Dem letzteren hatte man auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß das (letzte) Referat übertragen, um sich über den Einfluß der

### Lebensmittelfürsorge

auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse auszutoben. Wenn auch Timms Ausführungen an das musterghiltige Referat Stegerwalbs zum gleichen Thema auf dem dritten Deutschen Arbeiterkongreß nicht entfernt heranreicht, so ist doch anzuerkennen, daß auch er die

sonst bei solchen Vorträgen von dieser Seite aufgewendete Entrüstung zu einem guten Teil unterdrückt. Daß jedoch seine Resolution ohne eine Wortmeldung hierzu einstimmig angenommen wurde, ist doch wohl mehr auf die Kongreßmüdigkeit der Delegierten, denn auf die Unansprechbarkeit der Timm'schen Ausführungen zurückzuführen. Von Interesse ist an der Resolution, daß sie „die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes ermut zum Konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß ermahnt, und neu, wenn sie zur Unterstützung der gemeinnützigen genossenschaftlichen Kleinwohnungsbestrebungen auffordert“.

Vor dem Timm'schen Vortrage sprach Leipart, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, in zweifellos interessanter Weise und als Realpolitiker über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Die von ihm vorgelegte Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Gewerkschaften fordern nicht schon jetzt eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge, weil der Boden hierfür noch lange nicht als genügend geebnet betrachtet werden kann, sie fordern vielmehr, um der gedeihlichen Entwicklung der Tarifverträge zu dienen, völlige Freiheit für ihre auf Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter gerichtete Bewegung.

Die verschiedenen Referate, die auf dem Kongreß gehalten wurden, waren — um ein Gesamtergebnis zu geben — in qualitativer Beziehung ziemlich ungleich, doch haben sich die Redner des Kongresses sowohl in Referaten wie in der Diskussion vor groben Ausfällen gegen die christlich-nationale Arbeiterbewegung, insbesondere die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen freigehalten. Das beweist, wie sehr die christliche Arbeiterbewegung in den letzten Jahren in ihrem Ansehen bei Freund und Feind gewachsen ist. Und zeigt vielleicht auch, daß die Sozialdemokratie allmählich zu begreifen beginnt, daß an eine Überwindung dieser Arbeiterbewegung nicht mehr zu denken ist. Deshalb und nicht zuletzt wohl auch in Rücksicht auf die den sozialdemokratischen Gewerkschaften dormalen recht unzutragliche preußische Regierungsluft hat der Münchener Kongreß eine ganz auffallende Schwelung gemacht, die ihn plötzlich die Tätigkeit der „bürgerlichen Sozialreformer“ anerkennen und die gegenseitige Arbeit, insbesondere die Mitarbeit der Gewerkschaftssozialdemokraten begehrenswert erscheinen ließ.

Schlische hat in seinem Schlußwort sich sogar zu einem Dank an die Vertreter der sozialpolitischen Richtungen der bürgerlichen Parteien aufgeschwungen, der im Zeitalter der gegenwärtigen gewerkschaftsfeindlichen Strömungen zweifellos über eine bloße Höflichkeitformel hinaus Bedeutung haben sollte. Die Leser unseres Verbandsorgans freilich, die Tag für Tag die Genossen in den Werkstätten von recht unangenehmen Seiten kennen lernen müssen, wird dieses Sonntagsgesicht der Leiter des Kongresses nicht irre machen. Dafür sorgt schon die sozialdemokratische Parteipresse, die den Kongreß und seine Arbeit nur von ihrem Gesichtswinkel aus betrachtet.

„Klassenkampf war alles, was unter der harmlos klingenden Tagesordnung: Berichte des Arbeiterinnensekretariats, der sozialpolitischen Abteilung und des Zentralarbeitersekretariats dem aufmerksam lauschenden Kongresse vorgetragen wurde“, so schrieb schon am zweiten Kongreßtage die „Frankfurter Tagespost“ (Nr. 144) in Nürnberg.

Klassenkampf aber ist das, so folgern wir, was wir als Anhänger der christlichen Arbeiterbewegung, des christlichen Solidarismus stets bekämpfen müssen und bekämpft werden, weil er den Weg zum wahren sozialen Frieden niemals ebnet.

## Fachauschüsse für Heimarbeiter.

Die Durchführung des Hausarbeitsgesetzes vom 5. Dezember 1911 läßt auf sich warten. Jahre hat es gedauert, bis der Reichstag das Gesetz in einer der Regierung genehmen Weise verabschieden konnte und nachher dauerte es wieder geraume Zeit bis einzelne seiner Bestimmungen zur Ausführung gelangten. Da es sich vielfach um „Kann“-Vorschriften handelt, ist ein Teil des Gesetzes bis jetzt überhaupt nicht durchgeführt worden. Im Reichstag wurde deshalb am 19. Mai 1914 eine von Mitgliedern der verschiedenen Parteien gestellte Resolution mit großer Mehrheit angenommen, in welcher im Interesse eines besseren Schutzes der Heimarbeiter ein beschleunigte und allgemeine Durchführung des Hausarbeitsgesetzes verlangt wird. Kollege Abg. Schiffer (Wort), hatte vorher die Resolution begründet und hinsichtlich der Bildung von Fachauschüssen, der Lohnverzeichnisse und Mitführung spezielle Wünsche geäußert. Ministerialdirektor Caspar stellte dabei eine baldige Verordnung des Bundesrats in Aussicht, nach welcher die Wahlen zu den Fachauschüssen und das Verfahren vor denselben geregelt werden sollte. Die

### Verordnung des Bundesrats

ist nun erfolgt und im Reichsgesetzblatt Nr. 36 bekannt gegeben worden. Die hauptsächlichsten Bestimmungen der Verordnung lassen wir hier folgen: Fachauschüsse werden in der Regel für einzelne Gewerbebezirke oder für Teile von Gewerbebezirken der Hausindustrie errichtet. Bei den Fachauschüssen können auf Anordnung der Landeszentralbehörde Abteilungen für bestimmte

Gewerbebezirke gebildet werden. Die Befugung der Fachauschüsse erfolgt nach § 21 des Hausarbeitsgesetzes aus der gleichen Zahl von Vertretern der beteiligten Gewerbetreibenden und Hausarbeiter, sowie einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende darf weder Gewerbetreibender noch Hausarbeiter sein. Sofern Hausarbeiterinnen in größerer Zahl beschäftigt werden, müssen sie in angemessener Zahl beim Fachauschuß beteiligt werden. Die genaue Zahl zu bestimmen wird der Aufsichtsbehörde überlassen. Hinsichtlich der Zahl der Vertreter für die Abteilungen der Ausschüsse sagt die Bundesratsverordnung, daß die Landeszentralbehörde sie zu bestimmen habe. Der Bundesratsverordnung müssen also noch weitere Verordnungen folgen, wodurch die Errichtung der Ausschüsse weder beschleunigt noch vereinfacht wird.

Als Vertreter der Hausarbeiter oder der Gewerbetreibenden dürfen nur solche männlichen oder weiblichen Personen gewählt oder ernannt werden, welche Deutsche sind und das dreißigste Lebensjahr vollendet haben. Die Hausarbeiter dürfen nicht zugleich Gewerbetreibende sein, während von den letzteren nur solche als Vertreter bestellt werden können, die dem Gewerbebezirk angehören, für welcher ein Fachauschuß errichtet wird. Außerdem bestimmt die V. V. daß nur solche Personen als Vertreter in Betracht kommen, die mindestens ein Jahr hindurch dem betreffenden Gewerbe oder Gewerbebezirk angehören.

Die Wahlen sind unmittelbar und geheim. Das Wahlrecht wird durch Stimmzettel ausgeübt. In den Stimmzettel hat der Wähler die sämtlichen von ihm zu wählenden Vertreter und Stellvertreter einzutragen. Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, daß die Stimmzettel in einem amtlichen Wahlumschlag an den Vorsitzenden des Fachauschusses eingeschandt werden. Geschieht das nicht, so ist das Wahlrecht in Person auszuüben. Der Vorsitzende des Fachauschusses bestimmt Zeit und Ort der Wahl und leitet sie. Gewählt sind diejenigen, welche an gültigen Stimmen mindestens eine mehr haben, als die Hälfte der Wählenden beträgt. Die Beisitzer und Vertreter der Gewerbetreibenden und Hausarbeiter werden auf 4 Jahre gewählt. Für Zeitbeschränkung und Reisekosten wird den Mitgliedern der Fachauschüsse Vergütung gewährt, deren Höhe von der Landeszentralbehörde noch zu bestimmen ist.

Die Fachauschüsse und die Abteilungen sind berechtigt, Sachverständige zu hören oder zu ihren Verhandlungen mit beratender Stimme zuzuziehen. Die Aufsichtsbehörde kann Vertreter entsenden, die auf Verlangen jederzeit gehört werden müssen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Beschluß wird durch Stimmenmehrheit gefaßt. Die Abstimmung ist geheim, wenn dies von mindestens der Hälfte der Vertreter der Gewerbetreibenden oder der Hausarbeiter verlangt wird. § 33 der Bundesratsverordnung bestimmt sodann noch, daß den Fachauschüssen zur Befreiung der aus ihrer Tätigkeit erwachsenden Kosten die erforderlichen Beträge aus der Staatskasse durch die Aufsichtsbehörde erhalten. Ueber die Verwaltung, Veranschlagung und Rechnungslegung dieser Gelder hat auch erst wieder die Aufsichtsbehörde nähere Vorschriften zu erlassen. Für welche Berufe und wann die Fachauschüsse ins Leben treten sollen, darüber steht kein Wort in der Verordnung; Auf Anfrage hin konnte Ministerialdirektor Caspar im Reichstag auch keine Auskunft darüber geben, ob für die Hausarbeiter der Tabakindustrie Fachauschüsse errichtet werden. Die Sache ist also noch sehr im Nüchternen und es wird notwendig sein, daß die in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie deren Organisationen die Errichtung dieser Ausschüsse betreiben. Gelegentlich einer Diskussion darüber im Nürnberger Rathaus wurde ausgesprochen, daß die Behörden von entsprechenden Schritten zur Errichtung von Fachauschüssen so lange absehen, als Wünsche nicht geäußert werden. Auf Antrag der Beteiligten hin hat man dort beschlossen, für die Spielwaren- und Metallfabrikation Fachauschüsse mit Abteilungen für die einzelnen Branchen zu errichten.

In England ist man auf diesem Gebiete nicht so zaghaft. Man hat dort nicht bloß Fachauschüsse, sondern Lohnämter eingerichtet, mit dem Rechte der Lohnregulierung, eine Sache, die bei dem meist recht traurigen Lohnverhältnissen in der Hausindustrie von nicht geringer Bedeutung ist. Das diesbezügliche Gesetz vom 20. Oktober 1909 ist 1913 ergänzt und die weitere Einrichtung von Lohnämtern für eine Reihe von Industrien vorgeschrieben worden. Das Deutsche Reich darf hier auch nicht zurückbleiben. Denn die Verhältnisse unserer Heimarbeiter sind keineswegs besser als die der englischen.

## Scharfmachereien im bayerischen Industriellenverbande.

Den „Schutz der Arbeitswilligen“ durch ein gänzlich Verbot des Streikpostens, ist auch ein Herzenswunsch der bayerischen Industriellen. Obgleich ein solches Verbot an sich gleichbedeutend mit der Ermwägung des Koalitionsrechts für den Arbeiter ist, verlangen es die Unternehmer. Angesichts dieses terroristischen Verlangens ist es nicht besonders glücklich, gleich zwei Seiten weiter von dem Zwang der sozialdemokratischen Organisationen zu lesen. Den wirklichen sozialdemokratischen Zwang beseitigen, heißt nicht nur eine nationale Tat begehen, sondern wäre auch der Weg zum sozialen Frieden. Die terroristischen Kräfte, auch alle zum Zwecke der Verhütung tätigen, könnten dann in gutem Sinne konzentriert für das Volkswohl wirken. Die Sozialdemokratie aber hat dem Unternehmer gegenüber nicht so ganz unrecht, wenn sie sagt, daß ihre

besten Agitatoren die Sendboten des Kapitals seien. Aber: üben nicht die Unternehmer selbst den schärfsten Terrorismus auf die Arbeiter aus! Gerade in Bayern, wo in die gelben Wertvereine bedeutende Arbeitermassen hineinterrorisiert worden sind, wo christliche Arbeiter in vielen, vielen Betrieben den sozialistischen Terroristen gegenüber als vogelfrei gelten, sollten die Unternehmer ihre Taktik ändern. Es scheint aber, daß das Wort „rot“ nur eine Deckadresse ist; in Wirklichkeit sind die Leute im bayerischen Industriellenverband die denkbar größten Gegner jeder freien Regung des Arbeiters, jeder Arbeiterkoalition. Der schlimmste Terrorismus, der dem Arbeiter nicht nur wirtschaftlich jedes Fortkommen unterbindet, sondern ihn auch politisch hebrumundet, wird von den die Gelben züchtenden Unternehmern im gleichem Maße betrieben wie von der Sozialdemokratie.

Nun noch einige Worte zu einigen anderen Punkten. Die Arbeitslosenfrage erfährt in dem Jahresbericht des bayerischen Industriellenverbandes eine Behandlung, wie man sie eben nur von Scharfmachern erwarten kann. Wenn man freilich den Grundsatz vertritt, daß die Verantwortung des Vermögens der Besitzenden an das Parlament der Massen erfolgt, eine gefährliche Tat sei, so kann man schon zu einer Auffassung über Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfrage überhaupt kommen, wie sie in Scharfmachertreisen herrscht. Wir glauben gerne, daß den führenden Industriellen die preußischen politischen Verhältnisse zu ihren Plänen besser passen würden. Aber gottlob ist es in Bayern anders. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht so, wie sie hingestellt werden. Mancher Arbeiter hat schon am eigenen Leib erfahren, was für „schwere Opfer“ die Industrie für ihn in Zeiten der rückläufigen Konjunktur gefordert hat! Wäre die Industrie gerade mit den Arbeiterentlassungen nicht so systematisch und rücksichtslos vorgegangen, wer weiß, ob heute das durchaus berechtigte Verlangen der Arbeiterschaft nach einer Reichsarbeitslosenversicherung schon so allgemein zum Ausdruck käme. Aber Druck erzeugt bekanntlich Gegendruck, und die Industriellen dürfen sich daher nicht wundern, daß die Arbeiterschaft jetzt mehr denn je nach der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung verlangt. Damit die Sache noch etwas gefährlicher aussteht, läßt man auf Seite 42 des Berichtes eine Drohung einfließen. Es heißt da:

„Führt man aber fort, uns mit einem Uebermaß von Lagen zu belegen, dann kann es vorkommen, daß eines Tages eine Beschäftigungslosigkeit und Arbeitslosennot in einem Umfange eintritt, daß keine wie auch immer gestaltete Versicherung noch helfen kann.“

So sind also unsere „humanen“ Industriellen! Aus der Drohung geht glatt hervor, daß die bayerischen Industriellen gesonnen sind, zur Abwehr der Arbeitslosenversicherung den Arbeitern den Broterwerb höher zu hängen. Für diese Offenheit kann man nur dankbar sein und diese Pläne gut im Auge behalten.

Wenn es dann noch heißt:

„... wir in der Industrie sind ja schon seit langer Zeit in der Lage, daß wir nur noch das Recht haben, die Mittel für die Befreiung des Staatshaushalts aufzubringen, und daß man über unsere Wünsche und Vorschläge mit Hohn und Spott zur Tagesordnung übergeht...“

so ist das ebenso unrichtig wie der andere Satz:

„Kein anderer Berufsstand wird in Deutschland unbilliger behandelt als die Industrie; das muß einmal offen ausgesprochen werden.“

Beide Sätze kennzeichnen so recht das Milieu unserer Industrielleute, die der Arbeiterbevölkerung wirtschaftliche und sozialpolitische Unerfährlichkeit vorwerfen, selbst aber die von erstaunlicher Verschleierung der Tatsachen zeugenden Sätze ruhig hinnehmen.

Wichtig ist noch die durch den bayerischen Industriellenverband in die Wege geleitete Gründung von sogenannten Arbeitgeberkartellen. Diese Kartelle, bestehend aus allen Branchenverbänden am Orte, haben in erster Linie die Aufgabe, die Arbeiterbestrebungen niederzukämpfen und die Tarifverträge zu beseitigen. In München haben sich bereits die Folgen dieser neuen Organisationsform gezeigt. Es wurden die Kleingewerbetreibenden gegen den Tarifvertrag scharf gemacht und zu seiner Beseitigung in den Kampf geführt. Manchem ist dabei schon der Atem ausgegangen, und es ist sicher, daß noch manche Existenzen dabei zugrunde gehen wird. Das haben denn die Kleingewerbetreibenden von der industriellen Bevormundung. Ob die „Großen“ sich nicht hintennach in's Häußchen lachen, bleibt abzuwarten.

Interessant sind noch die Angaben über die „Entschädigungsgesellschaft süddeutscher Arbeitgeber“. Diese Gesellschaft zahlt bei Streiks an die Arbeitgeber 40% des Jahresrisikos, bei Ausperrungen schwankt die Entschädigung zwischen 2 1/2% und 40%, ebenso die Arbeiterzahl von 250—4000. Der Beitrag beträgt in der ersten Klasse pro 1000 M. Jahresrisiko 3 M. und in der zweiten Klasse 1 M. In der zweiten Klasse kommt entsprechend dem niederen Beitrag eine niedere Unterstützung zur Auszahlung. Alle Versicherten sind auch rückversichert. Man sieht, die Unternehmer wissen sich in ihren Organisationen zu schützen, und zwar nicht nur gegen Streik, sondern auch in bedeutendem Maße gegen Ausperrung. Die berühmten Friedensschalmaten müssen demnach als falsche Lüne gelten.

Alles in allem kann die bayerische Arbeiterschaft aus den Darlegungen wieder einmal ersehen, in welchem Geiste gewisse Unternehmerkreise dahingleben. Klar und an vielen Beweisen haben wir gesehen, wohn unsere Industriellen steuern. Wollen wir auf der Hut sein, um zur rechten Zeit ein unbezwingbarer Hort der kämpfenden Arbeiterschaft zu sein.

### Allgemeine Rundschau.

#### Abgeklüht.

Die sozialdemokratische Parteipresse versucht, die evangelischen Arbeitervereine in einen Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften zu bringen. Sie verkündet mit großem Behagen, „die evangelischen Arbeitervereine zögen sich von den christlichen Gewerkschaften zurück und wendeten ihre Gunst den gelben Werkvereinen zu“. Diese angebliche Wandlung der Gefühle unserer evangelischen Arbeitervereine zugunsten der Gelben glaubt die sozialdemokratische Presse aus einer Bemerkung des „gelben“ „Werkvereins“ herleiten zu können. Mit Hinblick auf den Verbandstag der evangelischen Arbeitervereine in Saarbrücken schrieb der „Werkverein“ (Nr. 25), „daß in der Stellungnahme der evangelischen Arbeitervereinsführer zur Gewerkschaftsfrage ein gewisser Wandel zugunsten der wirtschaftsfeindlichen Arbeiterbewegung eingetreten“ sei.

Dieser Schadenfreude der sozialdemokratischen und gelben Presse macht das Organ des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, „Der Arbeiterbote“, ein schnelles Ende. Der Wandel zugunsten der wirtschaftsfeindlichen Arbeiterbewegung sei eine Fabel, entstanden aus dem Wunsche eines wirtschaftsfeindlichen Herzens.

Wiß auf eine verschwindende Minorität — die aber dennoch nicht als eine Förderung der gelben Bewegung ausgesprochen sein wolle — steht der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine fest und unentwegt zu den alten Verbänden im deutschen Arbeiterkongreß. Von einer offensichtlichen Wandlung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu sprechen sei mehr als frivol. Es bliebe gegenüber den christlichen Gewerkschaften bei dem alten Verhältnis der Waffenbrüderschaft, der Freundschaft und gegenseitigen Unterstützung.

#### Die Inquisition.

Der Bericht des Generalsekretariats über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913 nimmt auch Stellung zu den Bemühungen der Deutschen Vereinigung mit ihrem Grafen Hensbroech an der Spitze, unsere Bewegung als unchristlich und unnational zu verächtigen und die gelben Werkvereine als die in jeder Beziehung zuverlässigen zu fördern.

Die „Vorber“, welche sich die Sozialdemokratie im Kölner Gewerkschaftsprozess als theologischer Sachwalter der christlichen Arbeiterchaft geholt hat, lassen anderen Freisen keine Ruhe; sie warfen sich zu Beauftragten einer Inquisition über die nationale Volksgültigkeit der christlichen Gewerkschaften auf. Das Ergebnis war die Verächtlichmachung der christlichen Gewerkschaften als unchristlich und unnational.

Was diese Vorwürfe anbelangt, so ist eine breite Auseinandersetzung darüber völlig zwecklos. Es wird immer Leute geben, namentlich unter den Besitzenden, die bei dem Kampf der Gewerkschaften um den angemessenen Anteil am Produktionsertrag die Unternehmerinteressen mit den Interessen des Christentums und der Nation verwechseln. Zweierlei ist dabei aber außerordentlich beachtenswert. Erstens, daß die gleichen Leute, die unter Vorgabe allerhand sogenannter höherer Rücksichten geheim und öffentlich die Gelben protegieren, sich mit Händen und Füßen gegen die Einführung von Schieds- und Einigungsinstanzen zur Läuterung und Einschränkung der gewerblichen Kämpfe sträuben. Das leidet ihr Autoritätsempfinden nicht, wobei sie wiederum vielfach das Autoritätsprinzip mit der Sorge der Unternehmer um die Aufrechterhaltung ihrer unbeschränkten Herrschaft über Betrieb und Arbeiterchaft verwechseln. Wer anders denkt, schmeichelt angeblich den Massen, mag er noch so sehr sich um das Verantwortlichkeitsgefühl in den Arbeitern, das nur auf einer höheren Stufe der Erziehung sich entfalten kann, bemühen.

Zweitens verschließen sich die gleichen Leute geflissentlich der Erkenntnis, daß die freie, unabhängige Organisation der Arbeiter ein Bedürfnis ist, sowohl im Interesse der Arbeiter selbst, als in demjenigen der Volkswirtschaft, und ferner, daß der den gelben Werkvereinen von ihren Gönnern und Förderern bewußt aufgebrachte charakterlose Zustand geradezu zur Sozialdemokratie hinführt, anstatt ihr entgegenzuwirken. Das industrielle Arbeitsverhältnis mit seiner steigenden Arbeitsteilung vereinfacht den Arbeiter und gibt ihm ein Schwächegefühl, für das es eines Gegengewichts bedarf, wenn nicht dumpfe Verzweiflung einen großen Teil der Arbeiterchaft körperlich und geistig der Entartung zuführen oder aber zu Verzweiflungstaten treiben soll. Die freie Arbeiterorganisation, die dem Arbeiter Selbstgefühl und Selbstachtung gibt, ihn über seinen engen Gesichtskreis hinausführt und zum Glied eines mitgestaltenden Faktors macht, ist ein solches Gegengewicht. Sie weckt in ihm die Initiative, deren es bei unseren eigenartigen Weltmarktverhältnissen so dringend bedarf. Nur auf diesem Boden kann es zu jener positiv (in sozialem, staatsbürgerlichem und volkswirtschaftlichem Sinne) gerichteten Arbeiterbewegung kommen, die der negativ gerichteten sozialdemokratischen Bewegung standzuhalten vermag. Der gelbe Arbeiter dagegen, zur Gedankenlosigkeit, wenn nicht gar zu egoistischer Denkweise erzogen, knickt vor der ernstlich an ihn herankommenden sozialdemokratischen Agitation zusammen; er schlägt sich zur großen Masse, wenn Schwierigkeiten auftauchen. Wir haben es immer betont: die Förderer der gelben Bewegung seien einzig und allein für eine spätere sozialdemokratische Ernte. Wären sie in dieser Beziehung genau so hellhörig, wie betrefft der sogenannten Kampfvereine und namentlich der christlichen Gewerkschaftsbewegung, dann könnten sie ihr blaues Wunder erleben.

Denn mit der nationalen Zuverlässigkeit beispielsweise der gehätschelten Gelben ist es gar nicht weit her. Die

Berliner Werkvereine nehmen bereits Sozialdemokraten als Mitglieder auf, während die Kruppischen Gelben bei der letzten Reichstags-Wahl nachweisbar stramm sozialdemokratisch gewählt haben. In der in dieser Beziehung gewiß unerbittlichen „Neuen Zeit“ (Nr. 12, 1914) sagt erst neuerdings der sozialistische Gewerkschaftsbeamte Winnig von den gelben Arbeitern: „Sie sind zum guten Teil, ich glaube sogar in ihrer Mehrheit, von der Verderblichkeit und Verwerflichkeit der gelben Vereine überzeugt. Es ist doch in dieser Hinsicht sehr bezeichnend, daß viele gelbe organisierte Arbeiter bei den öffentlichen Wahlen sozialdemokratisch stimmen. Man prüfe daraufhin die Wahlergebnisse in Magdeburg, in Berlin oder in anderen Stützen gelber Organisationen: ein erheblicher Teil dieser vergewaltigten Arbeiter gehört innerlich zu uns; viele davon sind, wie man es nennt: Hutapfelknecht — außen gelb und innen rot.“

Wann tritt die gegenüber den christlichen Gewerkschaften übliche hochnotpeinliche religiöse und nationale Inquisition einmal auf dem Gebiete der gelben Vereinstätigkeit und ihrer Folgen in Tätigkeit? Aber da steckt man bis in die Spitzen der preussischen Regierung hinein geflissentlich den Kopf in den Sand. Wie lange noch?

#### Taten beweisen.

Denjenigen Leuten, die die christlichen Gewerkschaften so gerne der nationalen Unzuverlässigkeit bezichtigen, braucht man nur die Taten unserer Bewegung entgegenzuhalten.

„Die christlichen Gewerkschaften brauchen“, so heißt es in dem Bericht des Generalsekretariats, „ihre nationale Zuverlässigkeit nicht erst laut zu beteuern. Sie können sich damit begnügen, in sichern Bewußtsein unter den schwierigsten Umständen ihre Pflicht erfüllt zu haben, auf ihre Taten zu verweisen. Nun einige Daten: Als nach der Reichsfinanzreform von 1909 die Sozialdemokratie eine schamlose Steuerhege injenierte, waren es christliche Arbeiterführer, die sich ihr in Versammlungen entgegenstellten und den Nachweis führten, daß mit den agitatorischen Steuerrezepten der Sozialdemokratie nirgends Steuerpolitik gemacht werden kann; als gelegentlich des Marokkoeffizies von 1911 sozialdemokratische Führer für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich den politischen Massenstreik durchgeführt wissen wollten, waren es christliche Arbeiterführer, die dieses Treiben mit allem Nachdruck brandmarkten und es aufs schärfste zurückwiesen; als bei Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in 1911 die Sozialdemokratie Forderungen aufstellte, die eine Mehrausgabe von zwei Milliarden Mark jährlich notwendig gemacht hätten, waren es christliche Arbeiterführer, die in Massenversammlungen auseinandersetzen, daß der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf unmöglich solche Lasten aufgebürdet werden könnten. In dem Doppeljubiläumsjahr 1913 ist von keiner anderen Stelle die Bedeutung des Erwachsens des nationalen Gedankens in 1813 den deutschen Arbeitern so nahe gebracht worden, als von den christlichen Gewerkschaften. Von keiner anderen Stelle ist den christlichen Arbeitermassen in dem gleichen Jahre Deutschlands Wirtschaftsentwicklung während der 25-jährigen Regierungszeit Wilhelm II. und das Verständnis für den monarchischen Staatsgedanken in ähnlichem Umfange vermittelt worden, als das von den christlichen Gewerkschaften in zahllosen Versammlungen geschehen ist.“

Was will es demgegenüber besagen, wenn großindustrielle, großagrarische und gubementale Kreise den Gelben einzig und allein nationale Zuverlässigkeit andichten, während diese Gelben zum Teil in Wirklichkeit, infolge ihrer sozialdemokratischen Gesinnung, das vor ihnen hergetragene nationale Banner innerlich verfluchen! —

#### Aus unseren Bruderverbänden.

Der Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands hat seinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 1913 in einer 24seitigen Broschüre vorgelegt. Durch die vorjährige große Aussperrung im Malergewerbe haben die Arbeiterorganisationen in diesem Berufe eine besonders schwere Belastungsprobe zu bestehen gehabt. Der christliche Malerverband hat diese Probe gut bestanden. Er hat das Berichtsjahr mit 4065 Mitgliedern abgeschlossen. Die Jahreseinnahme aus Mitgliederbeiträgen betrug 101.577 M. gegenüber 80.788 M. im Jahre vorher. Die Gesamteinnahme der christlichen Malerorganisation belief sich auf 150.753 M.; darunter sind 35.000 M., die von anderen christlichen Berufsverbänden dem Kampffonds des Malerverbandes überwiesen wurden. Die Jahresausgabe betrug 171.636 M.; es war mithin eine Mehrausgabe von 20.883 M. zu verzeichnen, was auf die gewaltigen Anforderungen infolge der Generalaussperrung zurückzuführen ist. Das Vermögen der Hauptklasse belief sich am Schluß des Berichtsjahres auf 36.384 M. An der großen Tarifbewegung im vergangenen Jahre war der christliche Verband mit 3600 Mitgliedern beteiligt, außerdem auch noch an 9 anderen kleineren Bewegungen. Das Ergebnis der Bewegungen war der Abschluß von 46 Tarifverträgen, von denen 37 dem Reichstarif unterstehen. Am Jahreschluß verzeichnet der christliche Malerverband insgesamt 52 Tarifverträge. Die erzielten Lohnerhöhungen betragen für die beteiligten Verbandsmitglieder in den drei Vertragsjahren 1913, 1914 und 1915 insgesamt 577.680 M. Dazu kommen auch noch Verkürzungen der Arbeitszeit und sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen Deutschlands hat nach dem Jahresbericht für 1913 seine Mitgliederzahl in dem Berichtsjahr von 4818 auf 4999 gesteigert, was eine Zunahme von 181 ausmacht. Weibliche Mitglieder zählt der Verband 492.

Der Rassenbericht verzeichnet eine Einnahme der Hauptklasse von 103.220 M. und eine Ausgabe von 89.087 M.; bleibt ein Ueberschuß von 14.133 M. Das Verbandsvermögen stieg von 33.166 M. auf 50.825 M. Für Unterstützungszwecke und Aufwendungen bei Streiks- und Tarifbewegungen wurden 22.062 M. verausgabt. Es wurden im vergangenen Jahre 35 Tarifverträge neu abgeschlossen. Am Jahreschluß war der christliche Schneiderverband insgesamt an 122 Tarifverträgen beteiligt, die sich auf 5702 Geschäfte mit 40.245 Personen erstreckten. Darunter waren 4631 Verbandsmitglieder. Durch die Bewegungen und Tarifabschlüsse wurden für 1263 Mitglieder in 35 Orten Lohnerhöhungen im Gesamtbetrag von 133.073 M. erzielt. Pro Kopf des beteiligten Mitgliedes macht das eine Steigerung des Einkommens von 106 M. im Jahre aus; ein Beweis, daß die Organisationsarbeit den Gehülften im Schneidergewerbe beachtenswerte Erfolge gebracht hat.

#### Ständig rückwärts.

Für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften stand auch das vergangene Jahr unter dem Zeichen des Rückschritts. Sie verloren 2607 Mitglieder, der Vermögensbestand sank um ein beträchtliches. Nun haben im vergangenen Jahre alle Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtungen infolge der schlechten Konjunktur einen Mitgliederabgang zu buchen, jedoch ist der Mitgliederchwund der H.-D. Gewerkschaften chronisch. Das beweist folgende Entwicklung:

Mitgliederzahl	
1904	118.889
1905	117.097
1906	118.508
1907	108.889
1908	105.633
1909	108.028
1910	122.571
1911	107.743
1912	109.225
1913	106.618

Also in den letzten 10 Jahren ein fast andauernder Rückschritt. Mit Konjunkturverhältnissen ist das allein nicht zu erklären. Die H.-D. Gewerkschaften haben bei der Arbeiterchaft das Vertrauen und Ansehen verloren.

Die angegebene Mitgliederzahl stimmt nicht einmal mit den Tatsachen überein. Es sind beispielsweise für den alten württembergischen Eisenbahnerverband genau wie im Vorjahre rund 8000 Mitglieder angegeben, obwohl wiederholt auf Grund amtlicher Feststellungen nachgewiesen werden konnte, daß der genannte Verband nicht viel mehr wie die Hälfte dieser Mitgliederzahl in Wirklichkeit hat. Ferner figurieren die Brauer mit 2354 Mitgliedern in der Jahresübersicht, während sie laut einer Fußnote nur mit 8 Vereinen und 624 Mitgliedern an der Statistik beteiligt sind. Von der Gesamtzahl der angegebenen Mitglieder sind mithin schon bei diesen zwei Berufen allein über 5000 Mitglieder abzuziehen.

Bezüglich der Rassenverhältnisse bemerkt der Bericht, daß „auch in den Finanzen die schlechte Wirtschaftskontinuität zum Ausdruck“ komme. Das Vermögen der H.-D. Gewerkschaften ist nämlich wiederum gesunken und zwar von 1.512.669 M. im Jahre 1912 auf 1.432.815 M. im Jahre 1913. Das ist 79.854 M. weniger. Das Vermögen der Kranken- und Begräbniskassen, die von den eigentlichen Gewerkschaftskassen gesondert verwaltet und deren Vermögen für ihren Bestimmungszweck gesetzsgemäß festgelegt werden müssen, haben eine Vermögenssteigerung von 65.559 M. zu verzeichnen, von 1.392.400 M. auf 1.456.412 M.

Die Rassenverhältnisse gestalteten sich im Verlaufe mehrerer Jahre recht ungünstig.

	1909	1910	1911	1912	1913
Einnahmen	2.806.220	2.926.698	2.628.213	2.786.329	2.866.801
Ausgaben	2.594.202	2.817.680	2.804.288	2.461.716	2.620.864
Vermögen	4.372.495	4.677.189	4.273.354	4.500.085	4.465.341

In diesen Ziffern sind die Summen der Kranken- und Begräbniskassen mitenthalten. Das Vermögen ist also seit 1910 erheblich gesunken. Jedoch sind die Verhältnisse viel ungünstiger, als in diesen Ziffern zum Ausdruck kommt, denn die Kranken- und Begräbniskassen haben seit Jahren eine Zunahme ihres Vermögens zu verzeichnen, so daß der Verlust für die den eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben zur Verfügung stehenden Gelder erheblich größer ist, als diese Ziffern angeben.

Bei dem Gewerkschaften der H.-D. Textilarbeiter haben sich die Dinge wie folgt gestaltet. Der Verband zählte im Jahre 1910 6971 Mitglieder, im Jahre 1913 6305, das sind 666 Mitglieder weniger. Der Vermögensbestand — ohne Kranken- und Begräbniskasse — sank im gleichen Zeitraum von 46.243,80 M. auf 40.274,00 Mark — ist rund 6000 M. weniger. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von den rund 6000 Mitgliedern rund 1 1/2 Tausend alte und invalide sind, die nur 5—10 Pfennig Wochenbeitrag entrichten.

Der Bericht im „Gewerkschaften“ hebt zum Schluß hervor, daß nunmehr mit ganzer Kraft an die Werbearbeit gegangen werden müsse, um die Lücken wieder auszufüllen. Diese Aufforderung hören jetzt die Mitglieder der H.-D. Gewerkschaften Jahr für Jahr, und dennoch werden die Lücken nicht nur nicht ausgefüllt, sondern es werden stets neue und größere Löcher in die Rassen- und Mitgliederbeziehungen gerissen. Die H.-D. Gewerkschaften haben einmal ihre Zeit gehabt.

#### Ein Jubiläum.

Auf ein 200-jähriges Jubiläum kann die Firma Christoph Andreae in Mühlheim zurückblicken. 1687 in Köln gegründet, siedelte der Begründer der Firma 1714 nach Mühlheim über. Durch Gewährung verschiedener Privilegien und Vergünstigungen erlangte die Firma eine Monopolstellung, auf Grund deren sie lange Zeit ohne ernsthafte Konkurrenz blieb und deshalb im ersten Jahrhundert ihres Bestehens sich ungehindert entwickeln

konnte. Da auch heute noch die Familie Andreae Inhaberin der Firma ist, wurde aus Anlaß des Jubiläums eine große Festfeier veranstaltet. Außer den geladenen Ehrengästen, den Spitzen der Behörden durften auch die Angehörigen sowie die mehr als 50 Jahre bei der Firma beschäftigten Arbeiter am Feste teilnehmen. An Geldgeschenken erhielt jeder erwachsene männliche Arbeiter 10 M., die erwachsenen Arbeiterinnen 5 M. und die Jugendlichen je 3 M. Der ganze an die Arbeiter ausgezahlte Betrag dürfte höchstens 4000 M. ausmachen. Für die Veranstaltung des Festes, Dekoration usw. dürfte jedoch wohl ungefähr der gleiche Betrag ausgeworfen sein, der sicher besser hätte Verwendung finden können. Der Mehrzahl der Arbeiter wäre es sicher erwünschter gewesen, wenn die Firma für Meister und Arbeiter, welche zum Teil doch schon Jahrzehnte im Betriebe tätig sind, alljährlich Ferien unter Fortzahlung des Lohnes eingeführt hätte, wie das in anderen Textilbetrieben auch schon üblich ist.

Wie wir aus der Zeitung erfahren, stiftete die Firma auch 85 000 M. für die Unterstützungskasse. Wir haben uns bei langjährig beschäftigten Arbeitern erkundigt, für welche Zwecke die Mittel der Unterstützungskasse Verwendung finden. Keiner konnte Auskunft geben, keinem war etwas von dem Bestehen dieser Kasse bekannt. Einer meinte, daraus seien die Uhren und Broschen angeschafft, welche an die mehr als 30 Jahre Beschäftigten ausgehändigt wurden. Öffentlich bleiben die 85 000 M. nicht liegen bis zum 500 jährigen Bestehen, damit auch die heute beschäftigten Unterstützungsberechtigten, deren Zahl nicht gering, mit den Segnungen dieser Wohlfahrtsanwendung bedacht werden. Am besten wären die Gelder jedoch für eine Lohnaufbesserung in den verschiedenen Betriebsabteilungen verwendet worden, dann hätten alle Arbeiter den Vorteil und brauchten weder vorher zu bitten noch nachher zu danken, sie hätten's wirklich verdient, und der unangenehme Beigeschmack wäre ihnen erspart geblieben.

**Geistige Waffen der Krefelder Genossen.**

Nach langem Würgen hat sich die sozialdemokratische „Volkstribüne“ in Krefeld endlich eine Antwort abgequält auf die Notiz in Nr. 23 unserer Zeitung, die die Angst der Krefelder Genossen vor dem Worte eines christlichen Arbeiters an einem Beispiel illustrierte. Sie vermag das aus einem krankhaften Haß geborene Wubensstückchen kühner Fanatiker nicht abzuleugnen. Im Gegenteil, sie entschuldigt und verteidigt es indirekt, indem sie den betr. christlichen Arbeiter grob beschimpft und gegen unsere führenden Kollegen in Krefeld direkt erlogene, vollständig aus den Fingern gesogene Behauptungen erhebt. Zur Entschuldigung und Verteidigung ihrer Böllunge schreibt sie, es sei „früher vorgekommen, daß ein Geschäftsmann christliche Streikbrecher und ähnliche Helben gebeten hat, sein Vokal zu meiden, um ehrliche Arbeiter als Kunden zu behalten. . . Sollte der Fall sich wirklich so ereignet haben, so haben die christlichen Schreier solche Vorgänge selbst verschuldet. Wir erinnern nur an die Lokalabtreiber in sämtlichen Orten, wo die Christlichen die Mehrheit haben. Solche Wubensstücke werden nämlich bald alle Tage auch von christlichen Führern vollführt. Andere „geistige Waffen“ haben sie nämlich nicht gegen die freie Arbeiterbewegung“.

Das ist nicht nur eine Verteidigung, der Schöffen Handlungsweise jener Krefelder Genossen, sondern eine direkte Aufmunterung zum Terror. Obendrein wird der terroristische christliche Arbeiter noch als Streikbrecher beschimpft und mit „ähnlichen Helben“ in eine Linie gestellt. Uebrigens richtet wir an die „Volkstribüne“ folgende Frage: Wann und wo haben die Mitglieder unserer Organisation im Krefelder Bezirk den Genossen die Säle abgetrieben? Wenn die „Volkstribüne“ nicht den Vorwurf auf sich sitzen lassen will, daß sie vollständig aus der Luft gegriffene verleumdnerische Behauptungen als wahre Tatsachen weiter verbreitet, wird sie uns eine klipp und klare Antwort geben müssen.

Es ist mit Hinblick auf das Verhalten der „Volkstribüne“ wahrhaftig nicht verwunderlich, wenn die Krefelder Genossen ihre Auffassung von Freiheit und Brüderlichkeit ihren andersdenkenden Arbeitskollegen in körperlich fühlbarer Weise beizubringen versuchen. Bei einigen hat sich der Parteiteller schon soweit entwickelt, daß sie als „Aufklärungsmittel“ gegenüber christlich organisierten Arbeitern die — Hundepötsche benutzen. Das sind die indirekt von der „Volkstribüne“ empfohlenen „geistigen Waffen“ der Genossen im Kampfe für die Partei der wahren Freiheit und Volksverbrüderung.

**Kostenpflichtig abgewiesen.**

Einen unruhlichen Ausgang für den Kläger nahm eine Beleidigungssache, die am 27. Juni vor dem Dresdener Schöffengericht verhandelt wurde. Das Zentralvorstandsmitglied Reichelt-Verlin des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter hatte unseren sächsischen Bezirksleiter, Kollegen Sparenberg, vor den Richter gezogen, weil dieser in einer öffentlichen Versammlung in Schlegel über Reichelt ehrenrührige, unwahre Behauptungen ausgesagt haben sollte. Die Angelegenheit ist damals in unserer Textilarbeiter-Zeitung besprochen worden, so daß sich unsere Leser der Sache noch wohl erinnern werden. Wir verweisen auf die Erklärung Sparenbergs in Nr. 53 Jahrg. 1913 dieser Zeitung.

Reichelt nahm damals in der sozialdemokratischen Presse zu seiner Reinigung und zur Verunglimpfung unseres Kollegen Sparenberg den Mund recht voll, doch scheint er bezüglich des gerichtlichen Ausgangs seiner Klage nicht ganz siegesicher gewesen zu sein, denn er hatte sich den sozialdemokratischen Rechtsanwält und Reichstagsabgeordneten Heine als Rechtsbeistand bestellt. Den Kollegen Sparenberg vertrat Rechtsanwalt Dr.

Fleischhauer. Das Resultat der dreistündigen Verhandlungen war: der Angeklagte Sparenberg wird freigesprochen. Die Kosten fallen dem Privatkläger Reichelt zur Last.

In der Begründung des Urteils wies der Gerichtsvorsitzende darauf hin, daß nur ein Zeuge und zwar der sozialdemokratische Redakteur Fuchs, die Anklage bestätigt habe. Vier Zeugen hätten entlastend ausgesagt. Besonders wurde von diesen das dem Angeklagten zur Last gelegte Wort „Lumpen“ unter Eid in Rede gestellt. Die Form der von Sparenberg gemachten Ausführungen über den Privatkläger seien nicht beleidigend gewesen. Auch ließe sich die Absicht der Beleidigung nicht beweisen. Dann hätte der Angeklagte betr. der Ausführung der gerichtlichen Strafen, die ohne Namensnennung des Privatklägers erfolgt sei, nur wahre Tatsachen behauptet.

Die sozialdemokratische Presse brachte von der Sache ganz entstellte Berichte. Insbesondere verschwiegen sie die Tatsache, daß in der betr. Versammlung in Schlegel die christlichen Führer von den Genossen in der verwerflichsten Art und Weise angegriffen worden waren und Sparenberg erst in der Notwehr die vom Gericht festgestellten Äußerungen machte.

Wir wollen es uns zunächst versagen, aus der Urteilsbegründung weitere Einzelheiten anzuführen. Jedenfalls haben Reichelt und seine Freunde keinen Grund, sich zu dem Ausgang des Prozesses zu beglückwünschen. Da wir aber grundsätzlich nur in der Wehr und wenn wir dazu gezwungen zum Mittel der persönlichen Polemik greifen, sei die Sache bis auf weiteres begnaden. Aber „wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen“.

**Bekämpfer der christlichen Gewerkschaften vor Gericht.**

Nachdem schon in letzter Zeit mehrere sozialdemokratische Redakteure bestraft wurden wegen des Vorwurfs, die christlichen Gewerkschaften erzielten zur Durchführung ihrer Arbeiten in Sachsen von konservativen Unternehmern Geldmittel, stand jetzt wegen des gleichen Vorwurfs der Hirsch-Dumersche Gewerkschaftsbeamte Flach als Angeklagter vor dem Schöffengericht in Chemnitz. Kläger war der Vorsitzende des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, unser Kollege Schiffer.

Der Angeklagte machte nicht einmal den Versuch, seine, die Führer der christlichen Gewerkschaften beleidigenden Äußerungen zu beweisen. Er mußte daher eine Ehrenerklärung abgeben, in der er zum Ausdruck bringt, daß er seine Behauptungen, eine pekuniäre Unterstützung der christlichen Gewerkschaften seitens der Arbeitgeber sei im Einverständnis mit den christlichen Gewerkschaftsführern oder sonst angeregt, besprochen und beschlossen worden, nicht aufrecht erhalten könne. Seine weiteren Schlussfolgerungen, die christlichen Gewerkschaften wären zur Vertretung von Arbeiterinteressen ungeeignet, seien, weil nicht den Tatsachen entsprechend, hinfällig.

**Reichsrat und Gesetzgebung.**

Ein Rückblick auf die Arbeiten des Reichstags 1913/14.

Die übrigen Abgeordneten aus dem Arbeiterstande, die aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, haben bei Beratung des Stats und in den Kommissionen gleichfalls, wie die bereits genannten Kollegen, allgemeine sozialpolitische oder spezielle Wünsche einzelner Kategorien vertreten. Abgeordneter Kollege Hedmann ergriff bei Beratung des Stats für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung das Wort und beklagte, daß im Reichspostamt die Wünsche der Arbeiter so wenig berücksichtigt würden. Er verlangte eine entsprechende Erhöhung der Löhne, die Errichtung eines Reichsarbeiterausschusses, sowie Regelung der Zulagen für die Telegraphen-Vorarbeiter. In der Sitzung vom 11. Mai vertrat Kollege Hedmann verschiedene Wünsche der Provinzantiarbeiter.

Abgeordneter Kollege Becker (Altenberg) wandte sich in der Sitzung vom 6. Dezember 1913 gegen eine von verschiedenen Seiten gewünschte Hinausschiebung der Krankenversicherung für Landarbeiter und Diensthöten. In eingehender Weise behandelt dieser Versicherungsfachmann speziell die Diensthötenversicherung, die Befreiung von der Versicherungspflicht auf Grund der §§ 435 und 418 der Reichsversicherungsordnung, die ärztliche Versorgung der in den Landkrankenanstalten Versicherten und anderes. Der Angriff auf unsere Sozialversicherung oder Teile derselben wurde dann auch abgeschlagen. Auch Staatssekretär Dr. Delbrück betonte, daß eine Regelung der Krankenversicherungswesen der Landarbeiter und speziell der Diensthöten nicht mehr zu umgehen gewesen sei. Das Gesetz werde durchgeführt. Die beklagten Mängel, die in der Ausführung lägen, würden beseitigt werden können. Der Staatssekretär schloß: „Ich kann mich nicht bereit erklären, daß Inkrafttreten dieser Bestimmungen hinauszuschieben oder gar eine Änderung des Gesetzes in Aussicht zu nehmen.“ Der stenographische Bericht verzeichnet hiernach: „Lebhafter Beifall im Zentrum und links.“

Die Rede des Abgeordneten Kollegen Schiffer über „Koalitionsrecht und Hausarbeitsgesetz“ ist in der Gewerkschaftspresse bereits eingehend gewürdigt worden. Es sei deshalb nur kurz betont, daß Ministerialdirektor Caspar hinsichtlich der Durchführung des Hausarbeitsgesetzes eine entgegenkommende Antwort gab.

Der Abgeordnete Kollege Schwarz (Schweinfurt) ist Mitglied der mühsam sich durch viele Laufende von Petitionen durcharbeitenden Petitions-Kommissionen. Er ist dort wie im Plenum ebenfalls im Sinne einer guten Sozialpolitik tätig gewesen. In der Plenarsitzung vom 13. Januar 1914 hat er wie vorher schon in der Kommission ein besseres Frauenrecht, Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben, an den Kaufmanns- und Gewerbegerichtswahlen usw. versucht und einem größeren Entgegenkommen der vernünftigen Frauenbewegung gegenüber das Wort geredet, mit dem Erfolg, daß eine weitgehende Petition von Frauenrechtlerinnen wenigstens dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme hinübergegeben wurde; bisher sind derartige Petitionen mit Uebergang zur Tagesordnung gemildert worden. Das Krankenpflegepersonal hat in ihm einen warmen Vertreter ihrer

Wünsche gefunden. Bei Beratung des Reichsstats des Innern verlangte er ein schärferes Vorgehen gegen die Schwindelkrankenlassen, zeichnete die „Volksfürsorge“ als ein der Sozialdemokratie dienendes Unternehmen und trat für die „Deutsche Volksversicherung“ ein.

Unser parlamentarisch am längsten, seit 1899, tätiger Kollege, Abgeordneter Schirmer, vertritt seit Jahren die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts, da die Staats- und Gemeindeangestellten und Arbeiter durch Judikatur und Verwaltungsmaßregeln den Bestimmungen der Gewerbeordnung entzogen sind. Es ist in der Sache eine Denkschrift in Vorbereitung. In der Sitzung vom 26. Februar 1914 verteidigte er gegenüber einem sozialdemokratischen Redner das bayerische Eisenbahnereservat. Tags darauf vertrat er die berechtigten Wünsche des Personals der Reichseisenbahnen in Glas-Lothringen. Bei der späteren Beratung des Gesetzes trat er mit Wärme dafür ein, daß für die Militärarbeiter eine Pensionskasse geschaffen werde. Vor mehr als 10 Jahren schon hat Schirmer diese Forderung im bayerischen Landtag erhoben, wofür man geneigt war, denselben stattzugeben, daß große Preußen kam aber nicht nach. Jetzt ist die Sache in Fluß gebracht. Der halbrote Verband mit dem Siege in München hat aber so ungeschickt operiert, daß beinahe alles „verpakt“ worden wäre. Auf die neulichen Anzapfungen im Reichstag antwortete ein Vertreter des Kriegsministeriums und sagte zunächst eine weitere Verbesserung des Unterstützungsfonds für Arbeiter, Witwen und Waisen der Seeresverwaltung zu. Bezüglich der von Kollegen Giesberts wieder angeknüpften Frage betreffend Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Invalidenrente verwies Ministerialdirektor Caspar auf die bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung eingegangene Verpflichtung auf Vorlage einer Denkschrift 1915. Der Reichstag hat inzwischen verlangt, daß die Rechnungsresultate der Versicherungsanstalten von 1913 geprüft werden, in der Hoffnung, daß diese so günstig sein werden, daß die Herabsetzung der Altersgrenze ohne weiteres erfolgen kann. Nachdem beabsichtigt ist, die Pensionen der Beamten zu erhöhen, können die Arbeiter-Invaliden und die Witwen und Waisen der Arbeiter nicht leer ausgehen. In dieser Richtung werden unsere Kollegen sicherlich auch in der kommenden Session tätig sein.

Daß es gelingen werde, in nächster Zeit einen Schritt zur Reichs-Arbeitslosenversicherung hin zu machen, eine Frage, zu der Giesberts sich in der Sitzung vom 6. Dezember 1913 geäußert hat, ist nach den bereits erwähnten Erklärungen des Staatssekretärs sehr fraglich. Umso mehr muß darauf gesehen werden, daß nicht durch eine ungeschickte Wirtschaftspolitik Gewerbe und Industrie Schaden leidet. Redner hat auch nach dieser Richtung hin bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Einen Erfolg, der nicht zuletzt den unermüdeten Bemühungen des Kollegen Giesberts zuschreiben ist, bedeutet die neue Bundesratsverordnung, betreffend den Schutz der Arbeiter in der Großtextilindustrie. Diese Sache ist in einem besonderen Artikel bereits behandelt worden. Hier soll nur noch hingewiesen werden auf seine Rede am 14. Januar 1914 um besseren Plätzenarbeiter-schutz, dem die Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes eine gute Unterlage bot. Zwei Tage später trat er für eine bessere Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ein. Gegenüber gegenständlichen Äußerungen betonte er, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft nach keiner Richtung hin dem Mittelstand feindlich gesinnt sei. Das wäre das Verkehrtste, denn dieser Stand stehe der Arbeiterschaft sozial am nächsten.

In der Sitzung vom 29. Januar 1914 kam der Gewerkschaftsfrage zur Sprache. Es war der Genosse Erdmann, der eine Auseinandersetzung zu entfachen suchte. Kollege Giesberts fertigte diesen sozialdemokratischen Redner aber kurz ab, mit dem Hinweis, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Gegner der Sozialreform lähn ihr Haupt erheben, die Arbeiterschaft besseres zu tun habe, als sich zu beflehen. Die nichtsnutzigen Angriffe der Sozi auf die christlichen Gewerkschaften wären beim Kölner Prozeß glänzend ad absurdum geführt worden. So ist es! In seiner Rede vom 21. März 1914 verurteilte er den sozialdemokratischen Terror gegenüber Andersorganisierten und trat für ein freies Koalitionsrecht und für die Tarifverträge mit Nachdruck ein.

Siehrig parlamentarisch tätig ist insbesondere auch Kollege Behrens. Ein Teil seiner Arbeit ist bereits gewürdigt worden. Behrens hat verlangt, daß die Wünsche der mit dem Reichsversicherungswesen vertrauten Arbeiter- und Gewerkschaftssekretärs von den Versicherungsämtern beachtet sowie eine genaue Umschreibung des Begriffes „Facharbeiter“ erfolgen sollte. Unfälle des täglichen Lebens sollen als Betriebsunfälle angesehen und gegebenenfalls Rente gewährt werden. Redner wandte sich auch gegen die unberechtigten Rentenkürzungen und trat dafür ein, daß mit der Pensionserhöhung für Altrentenäre auch die Rentenbezieher aus der Arbeiterversicherung aufge bessert werden. Resolution 1298.

In der Sitzung vom 5. März 1914 vertrat Behrens die Petition des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker, Sig Bochum, auf Ausbau der Postbetriebskrankenklasse und Erhöhung des Reichszuschusses dafür. Beim Militärretat hat er um Berücksichtigung der Heimarbeiter bei Vergebung von Arbeitsaufträgen zu entsprechenden Preisen. Für die Arbeiter in den Bekleidungsämtern wünschte er eine ausgedehntere Sicherung ihrer Stellung und beklagte sich über die Art der Stücklohnfestsetzung bei dieser Kategorie. Die in der Petition des Zentralverbandes deutscher Militärarbeiter und Handwerker vorgebrachten Wünsche empfahl er der Verwaltung zur Prüfung und Berücksichtigung.

Das Organ der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands „Der Arbeiter“ schreibt zur Tätigkeit unserer ins Parlament gewählten Kollegen folgendes: „Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Abgeordnetenkollegen aus dem Arbeiterstande bei den Parteien des Reichstags eine wertvolle Aufklärungsarbeit im Interesse der Arbeiterschaft leisten. Ihr Einfluß ist nicht gering. Da sie auch die übrigen Stände unseres Volkes und deren Wünschen und Interessen gerecht zu werden suchen, finden sie als objektive Beurteiler auch Gehör. Eine größere Tageszeitung hat vor kurzem geschrieben, ob Ausnahme-gesetze gegen die Sozialdemokratie kommen oder man es wagt, das Koalitionsrecht anzukasteln, das hängt im wesentlichen von der Haltung der Abgeordneten im Zentrum und der übrigen bürgerlichen Parteien ab. Dies deckt sich mit der Auffassung, die das große demokratische Organ, die „Frankfurter Zeitung“ vor Jahren schon geäußert hat. Die Sozialdemokratie im Reichstag bedeutet nicht viel, wie auch kürzlich ein Organ des Fortschritts, der „Frank. Kurier“, wieder hervorgehoben hat. Es folgt noch eine Besprechung der aufeinandergekommenen Gesetze und der vom Reichstag angenommenen Resolutionen.

### Aus unserer Industrie.

#### Keine Betriebseinschränkung in den deutschen Spinnereien.

Die von den einzelnen Spinverbänden Deutschlands verankertete Rundfrage, ob grundsätzlich Geneigtigkeit vorhanden sei, sich an einer Betriebseinschränkung zu beteiligen, hat — wie die „Textil-Woche“ erfährt, zu einem negativen Erfolg geführt. Von den in Deutschland in Frage kommenden 10 1/4 Millionen Spindeln standen 5,2 Millionen der Betriebseinschränkung ablehnend gegenüber, während 3,5 Millionen sich für die Einschränkung aussprachen und 1,8 Millionen den Fragebogen unbeantwortet ließen. In Prozenten ausgedrückt beantworteten in Sachsen 4%, in Süddeutschland 36,8%, in Elsaß 33,9%, in Rheinland und Westfalen 25,9%, der Gesamtspindelzahl die Rundfragen mit ja, so daß hiernach auf die Beschäftigung in den einzelnen Bezirken zu schließen ist. Rheinland und Westfalen scheint noch den größten Beschäftigungsgrad aufzuweisen, während Elsaß, Süddeutschland und vor allem Sachsen ganz besonders unter der jetzt schon seit Monaten anhaltenden Abschwächung zu leiden haben. Auf Grund dieses Ergebnisses der Umfrage muß der Versuch, eine organisierte Betriebseinschränkung in den deutschen Spinnereien in die Wege zu leiten, als gescheitert angesehen werden.

#### Deutsche Tuchkonvention und Abnehmerverbände.

Bei den im vergangenen Winter zwischen der Deutschen Tuchkonvention und der Interessengemeinschaft deutscher Tuchgroßabnehmer gepflogenen Verhandlungen blieben trotz des Abschlusses eines Kartellvertrages zwischen beiden Körperschaften noch eine Anzahl Punkte unerledigt, die in letzter Zeit aufs neue zur Beratung standen. Es fanden kürzlich in Berlin Verhandlungen statt, in denen auf Grundlage der im vorigen Winter gefaßten Beschlüsse die gesamten Konventionsbestimmungen neu redigiert worden sind. Der Stand der Verhandlungen ist jetzt so, daß die neuen Konventionsbestimmungen in nächster Zeit zur Versendung an die Kundschaft gelangen werden. Allerdings konnten auch in den letzten in Berlin geführten Verhandlungen noch nicht alle Punkte erledigt werden. So bedarf die Frage der Abgabe von Gratismustern an Exportgeschäfte noch der Regelung. Bisher wurden die Muster nur an reine Exportfirmen gratis abgegeben, darin soll insofern eine Änderung eintreten, als künftighin auch gemischte Geschäfte, das heißt solche, die Inlands- und Exportgeschäfte betreiben, Gratismuster bekommen sollen. Der Regelung harret ferner noch die Fakturenfrage und ferner die Angelegenheit des Dessinschutzes. Man glaubt, bei den neuen, im August stattfindenden Beratungen alle diese Punkte erledigen zu können.

#### Aus der deutschen Juteindustrie.

Der Verband deutscher Juteindustrieller, G. m. b. H. gibt bekannt, daß folgende Preisermäßigungen mit dem 25. d. M. in Kraft getreten sind.

Beide Fessians, Fine Twilleds und Common Twilleds um	1 Pfg. pro qm
Tarpaulings und Baggings	2
Prima und SS-Garne	2 M. pro 100 kg
alle übrigen Garne	4

Im Weiteren wird vom Verband deutscher Juteindustrieller mitgeteilt, daß die jetzige Betriebseinschränkung von 20 Proz. auch für das Quartal vom 1. Juli bis 30. September d. J. beibehalten bleibt.

#### Wollpreise und Tuchgewerbe.

Die Görlitzer Tuchfabrik Gebr. Hoffmann laßt den Leipziger Wochenberichten eine Zuschrift zugehen, in der lebhaft geklagt wird über die Schwierigkeiten, die der Wollverarbeitung in wachsendem Maße durch die kolossale Erhöhung der Wollpreise erwachsen. Die Zuschrift hält sich nicht frei von Uebertreibungen. Immerhin sind einige Angaben doch bemerkenswert. Die Zuschrift behauptet, daß heute die Herstellung eines Meters reinwollenen Stoffes von 500 g Gewicht je nach Qualität des Rohmaterials 60 Pfg. bis 1,50 M. allein an Rohmaterial mehr kostet, als vor etwa zehn Jahren! Nur einige Beispiele für die Marktlage des Artikels Wolle. Laut offizieller Statistik kostete La Plata Kammzug Type B (eines der Hauptmaterialien für die Kammgarnspinnerei) an der Wollbörse zu Antwerpen per kilo

mindestens höchstens 1 kg Kammg. 78/2 AA kostete			
1893	Fr. 3,20	4,50	noch 1899 M. 5,80
1898	" 4,-	4,85	1908 " 6,40
1902	" 4,25	4,95	1912 " 6,80
1905	" 4,95	5,25	1913 " 7,50
1907	" 4,80	6,20	1914 " 7,85
1910	" 5,50	6,10	
1913	" 5,95	6,30	
1914	" 6,35	6,65 bis jetzt.	

Feine australische sog. Abelaide-Durchschnittswolle kostete gewaschen per engl. Pfund:

1895	17 1/2 pence
1913	25 "
1914	27 1/2 "

eine ebenfolche Kapwolle:

1895	13 1/2 "
1913	21 "
1914	23 "

Dabei ist heute die Tendenz eine stark weiter steigende. Gewiß ist die Entwicklung zu den heutigen hohen Preisen keine ununterbrochene gewesen, aber man muß feststellen, daß die Teuerungszeiten immer länger und schärfer wurden, während rückläufige Preisbewegungen nie auf die billigsten Notierungen früherer Zeiten zurückgingen.

Die eigentlichen Ursachen dieser Erscheinung dürften folgende sein:

1. Wachsender Bodentwert auf der ganzen Erde. Entsprechend der gestiegenen Bevölkerungsziffer erhöhter Anbau von Getreide. Getreidebau aber ist lohnender als Wollschafzucht, selbst bei hohen Wollpreisen.

2. Ständig größer werdender Bedarf an Wolle. Wo sind sie hin, die reichen, edlen Herden, die einst als Stolz des Züchters die Fluren Deutschland belebten? Sie sind dem Pfluge gewichen. Noch 1873 zählte Deutschland 23 Millionen Schafe, 1900 noch 9 700 000, heute nur noch etwa 6 Millionen.

Ähnlich ging es in allen europäischen Ländern. Da haßten die damals noch schwach besiedelten Länder Australien, Kapland und Süd-Amerika aus. Aber auch hier schon zeigt sich ein unverkennbarer Rückgang. Australien hatte 1895 ungefähr 120 Millionen Schafe, 1913 nur noch 107 Millionen. Die Einfuhr von Schafwolle aus La Plata (Süd-Amerika) zeigt seit 1911 eine Abnahme von 60 000 Bl. (Einfuhr 1911 499 000 Bl., 1913 437 000 Bl.)

Nur im Kaplande läßt sich (wie lange noch?) eine geringe Zunahme der Wollproduktion feststellen, die aber weit entfernt ist, einen Ausgleich zu bilden. Jetzt versucht in Deutsch-Südwest-Afrika ein Merino Wollschafszüchter, zu dessen Mitgliedern auch wir gehören, die Schafzucht zu entwickeln — der Erfolg bleibt abzuwarten.

Der heutigen Marktlage der Wolle gegenüber fangen auch alle Hilfsmittel, die die großen Fabriken unserer Industrie durch gesteigerte Umsätze und moderne rationelle Arbeitsweise haben, zu versagen an. Selbst ein gelegentlicher kleiner Rückgang der Preise kann an diesen Verhältnissen nichts ändern. Man kann daher mit Sicherheit annehmen, daß große allgemeine Preissteigerungen für das fertige Fabrikat in kurzer Zeit allgemein eintreten werden.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### An die Ortsgruppenverwaltungen!

Die Ortsgruppenverwaltungen werden dringend gebeten, die

Abrechnung pro II. Quartal 1914 baldmöglichst zu erledigen und der Geschäftsstelle in Düsseldorf einzusenden. Spätestens am 15. Juli cr. müssen sämtliche Abrechnungen eingegangen sein.

Die genaue Einhaltung dieses Termins ist absolut notwendig, da das gesamte Material noch für den Geschäftsbericht für die Generalversammlung verarbeitet werden muß.

Die Ortsgruppenvorstände werden gebeten, jetzt schon ihre Vertrauensleute zu ermahnen, die Schlußabrechnung des II. Quartals möglichst früh zu machen.

Die Geschäftsstelle.

E. M. Schiffer,  
Verbandsvorsitzender.

H. Schaffrath,  
Zentralkassierer.

#### Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

In Nr. 24 unseres Verbandsorgans ergeht an die Mitglieder der Ruf zur Diskussion über die Fragen, die unsere Verbandsgeneralversammlung beschäftigen werden.

Wenn man über die Tagesordnung weiter nachdenkt, so findet man schwer heraus, welche von diesen Fragen weniger wichtig wäre; alle sind dringend und der Situation angepaßt.

Zu zwei Punkten, „Agitation“ und „Lohnpolitik“ möchte ich einiges sagen. Auf den beiden letzten Verbandsgeneralversammlungen sind bezüglich der Agitation gute Anregungen gegeben worden, deren tatkräftige Anwendung auch heute noch von Erfolg sein dürfte. Wenn wir trotz der Vorschläge und Anregungen nicht Massen von Mitgliedern gewonnen haben, so dürfte dafür der Grund anderswo liegen. Zunächst ist wohl anzunehmen, daß nicht überall mit dem notwendigen Eifer und der notwendigen Begeisterung gearbeitet wurde.

Dann aber hat auch die feste Verrückung im Beitragswesen und der Verbandsstatuten manche Arbeit der Ortsgruppen in Anspruch genommen, welche sonst vielleicht der Agitation hätte dienstbar gemacht werden können. Erfreulich ist, daß auch der Zentralvorstand auf dem Standpunkt steht, daß in den beiden letzten Punkten mehr Ruhe eintreten muß.

Alle Kräfte, die zur Verfügung stehen, müssen m. E. in Zukunft sich hauptsächlich mit zwei Fragen beschäftigen: 1. Was muß und kann geschehen, bezüglich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und 2. wie gewinnen wir mehr Mitglieder?

Diese beiden Fragen greifen ineinander, gelingt die Lösung der einen, so brauchen wir um die andere nicht bange zu sein.

Bezüglich des 1. Punktes haben manche Ortsgruppen bisher wohl die Sache zu viel an sich herantreten lassen, ohne genügend vorzuarbeiten, ohne den Bewegungen die richtige Unterlage, das richtige Fundament zu geben.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind tiefer zu durchforschen. In derselben Weise, wie Agitationskommissionen in den Ortsgruppen untätig sind, dürfen auch Lohnkommissionen notwendig sein. Diesen Lohnkommissionen obliegt die Tätigkeit, mehr Klarheit zu schaffen, die Unterschiede in der Entlohnung und den Arbeitsverhältnissen festzustellen. Solche Lohnkommissionen müßten in größeren Ortsgruppen nach Branchen arbeiten. Auf den Erfahrungen und Erforschungen der Kommissionen könnte dann das Arbeitsprogramm für die einzelne Ortsgruppe aufgebaut werden. Dadurch käme mehr Ziel und Festigkeit in unsere Arbeiten.

Jeder Ortsgruppenvorstand kann an Hand solcher Ergebnisse den einzelnen Arbeiter ein bestimmtes, erreichbares Ziel setzen, kann ein besseres Arbeitsprogramm aufstellen. Das mit der Bildung der Lohnkommissionen der Frage der Betriebsvertrauenspersonen mehr Beachtung zu schenken ist,

ist selbstverständlich. Wenn es auf diese Weise gelöst erfolgreich zu arbeiten, wäre die Agitationsfrage leichter löslich. Je mehr wir uns mit der Erforschung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse befassen, je mehr werden die Mitglieder interessiert. Wir bekommen mehr Mitarbeiter und werden auch die Augen der nichtorganisierten Arbeiterschaft auf unsere Bewegung lenken.

Wenn in Verbindung mit diesen Arbeiten dann geschäftlich die Agitation durchgeführt wird, werden wir beides erreichen: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und Mitgliedererwerb. Möge ganz besonders die Behandlung des Punktes „Unsere Lohnpolitik“ bewirken, das wir weiter vorwärts kommen.

Bocholt.

A. S.

### Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten

Forst i. L.

Die Walker und Walkereiarbeiter sind in einer allgemeinen Lohnbewegung eingetreten. Dieselben fordern als Mindestlohn für alle Arbeiter an der Lochwalke 24 M. pro Woche und für alle übrigen Arbeiter 24 M. pro Woche. Ueberstunden sollen mit 0,60 M. vergütet werden. Die Forderungen sind von den Fabrikanten abgelehnt worden, jedoch haben einzelne eine kleine Zulage bewilligt. Infolgedessen sind die Walkereiarbeiter teilweise in den Ausstand getreten, andere haben die Kündigung eingereicht. Bei den hiesigen teuren Lebensmittelpreisen und den hohen Wohnmieten, die in nächster Zeit durch die in diesem Jahre fertigwerdende Kanalisationsanlage noch eine weitere Steigerung erfahren werden, aber auch durch die der Gesundheit nicht zuträglich Arbeit, müßte diese Leute doch den ganzen Tag mit durchgehenden Kleider ihre Arbeit verrichten, kann man es nur begreiflich finden, daß dieselben das Bestreben haben, ihre nicht allzu wohlige Lage zu verbessern. Der jetzt gewählte Zeitpunkt ist ein guter zu nennen, da der Beschäftigungsgrad in den hiesigen Betrieben zurzeit ein guter ist. Das beweisen u. a. die Ueberstunden, die in manchen Betrieben gemacht werden. Auch ist kein Ueberfluß von Arbeitern vorhanden, so daß zu erwarten ist, daß, wenn die Walker und Walkereiarbeiter sich alle einig sind, Solidarisität üben und treu zusammenhalten werden, diese Bewegung für die Beteiligten von Erfolg gekrönt sein wird.

#### Gütekswagen.

Um einen Lohnstarif. Die Weber der Firma Gu beschäftigten sich in mehreren Belegschaftsversammlungen mit der Aufstellung eines detaillierten Lohnstarifs. Dieser besteht ein solcher Tarif bei der Firma nicht. Er wird noch nach Dessins bezahlt. Die Dessinsbezeichnungen können bekanntlich jederzeit beliebig geändert und somit auch eine andere Lohnsetzung vorgenommen werden, worauf die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß haben. Der Wunsch der Weber, an Stelle dieses veralteten Systems einen Lohnstarif einzuführen mit einem festen Grundlohn und den erforderlichen Steigerungssätzen, lehnte die Firma glatt ab. Darauf haben die Arbeiter selbst einen Lohnstarif ausgearbeitet, welcher der Firma eingereicht werden soll, sobald die Organisationsverhältnisse die Gewähr bieten, die berechtigten Forderungen mit Aussicht auf Erfolg vertreten zu können. Der Geschäftsgang ist gut, so daß der Zeitpunkt für ein Vorgehen geeignet ist. Er liegt nur an den Unorganisierten, und wann vorgegangen wird. Die organisierten Weber sind nicht gewillt, für die Unorganisierten, welche keinerlei Opfer bringen wollen, die Kassen aus dem Feuer zu holen. Die Unorganisierten sollen nicht nur mit radikalen Methoden sondern durch Anschluß an den Verband bekunden, daß sie gewillt sind, die berechtigten Forderungen energig mit zu vertreten.

#### Föllenberg.

Beamtete als Störenfriede. Noch ist die Erinnerung an das schöne Fest des zehnjährigen Bestehens des christlichen Textilarbeiterverbandes nicht geschwunden, und wieder war eine öffentliche Versammlung einberufen worden. Zwar sollte hier nicht die Feststimmung erneuert werden. Im Gegenteil: diese Versammlung war notwendig geworden, weil die Verhältnisse im Betriebe der Firma C. A. Delsus u. Söhne derartig geworden sind, daß nicht länger geschwiegen werden darf. Es mußte ein Appell an die Öffentlichkeit gerichtet werden, damit auch diese weiß, woher die Erregung und Mißstimmung in der Bürgerschaft kommt.

Welch großes Interesse vorlag, zeigte der kolossale Besuch der Versammlung. Nicht allein die Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch viele unserer Mitbürger saßen tatsächlich bis auf's letzte Plätzchen den Repohl'schen Saal. Viele mußten noch wegen Platzmangel umkehren.

Vom Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe, Kollegen Gehring, wurde die Versammlung eröffnet mit der Bemerkung, daß man nicht daran gedacht habe, so kurz nach der großen Festversammlung vom 14. Juni wieder mit einer großen Versammlung an die Öffentlichkeit treten zu müssen. Inzwischen, die Vorkommnisse der allerletzten Zeit haben es notwendig gemacht, Stellung zu nehmen, besonders dagegen, daß seitens einiger Angestellten der Firma C. A. Delsus u. Söhne alles geschehe, um den sozialen Frieden in Föllenberg zu stören. Kollege Camp aus Münster besprach dann in längeren Ausführungen die Zustände, wie sie sich nach und nach bei der Firma C. A. Delsus u. Söhne entwickelt hätten. Man habe zwar immer bei dieser Firma viel mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, die Arbeiter hätten zwar geglaubt, daß mit dem Eintritt des jetzigen Betriebsleiters es besser werden würde, indessen, es sei schlimmer geworden. Immer wieder würden neue Schwierigkeiten gemacht. Es seien hauptsächlich drei Angestellte (W., K. und S.), die anscheinend keinen Frieden halten könnten. Es würden

Von dieser Seite Aeußerungen getan, die bei der Arbeiter-schaft Erbitterung hervorrufen mußten. Z. B.: Hier im Betriebe muß immer Reibung bleiben. Als wenn Reibung dem Frieden und der Arbeitslust dienste. Oder: Das ich es so weit gebracht habe, verdanke ich meinem radikalen Auftreten. Als wenn Radikalismus bei den Arbeitern Liebe erzeuge. Oder wenn man dem Arbeiter zur Antwort gibt: Was geht das mich an, was Sie verdienen? Als wenn gar keine Verantwortung da ist. Oder wenn Angestellte solche Arbeiter, die wenig verdienen, an die Armenverwaltung weisen. Ob man nicht daran denkt, daß der standesbewußte Arbeiter, der seine Pflicht erfüllt, auch ein Recht auf anständigen Lohn hat. Wenigstens einen Lohn, der ihm vor der Armenunterstützung bewahrt. Ein solcher Arbeiter weiß auch, daß mit der Armenunterstützung seine vornehmsten Bürgerrechte verloren gehen. Oder wenn ein Arbeiter, der wegen Familienzuwachs Urlaub wünscht, der Angestellte den Arbeiter informiert darüber, daß eine Anzahl Kinder für einen Fabrikarbeiter nicht das Richtige sei usw. Man erlaubt sich, dem tiefreligiösen Arbeiter von Söllner gerade in heutiger Zeit so etwas zu sagen. Dieses und noch manches andere, was vom Referenten des näheren angeführt wurde, habe viel Erbitterung geschaffen. Dennoch hätten die Arbeiter auf baldige Besserung der Verhältnisse gehofft.

Der Herr hätte zwischen Inhabern der Firma und dem Arbeiterausschuß Verhandlungen stattgefunden. In einer der letzten Sitzungen sei auch von Seiten der Firma darüber geflagt, daß in letzter Zeit weniger gute Ware geliefert worden sei, worauf eines der Ausschussmitglieder erwidert habe, die Ursache läge auch wohl mit daran, daß man jungen Webern, die kaum die Hufe halten könnten, zwei Wehstühle gebe. Er wollte damit sagen, man solle dem jungen Weber erst mehr Fähigkeiten beibringen, dann liefere er auch bessere Ware. Leider bediente nun dieser Weber wegen Krankheit schon seit Jahren nur einen Stuhl. Die Krankheit ist der Firma bekannt. Am andern Tage ist dann dem betr. Weber gesagt worden, er könne die Hufe halten und müsse von jetzt an zwei Stühle bedienen. Der Weber hat aber gesagt, seine Krankheit und Kraft erlaubten das nicht, worauf ihm mit Kündigung gedroht wurde. Camps habe sich an die Firma gewandt. Indessen sei dem Weber am 16. Juni gekündigt worden. Am 19. Juni habe auch der Arbeiterausschuß darüber erfolglos mit der Firma verhandelt. Der Weber sei entlassen.

Dieses habe sehr verbitternd gewirkt, umso mehr, als man nach allem Vorgekommenen nur annehmen könne, daß die Inhaber der Firma nicht von allem unterrichtet seien, und weil die Ursache der ganzen Erbitterung nur bei einigen Angestellten zu suchen sei.

Die Arbeiterschaft wäre nicht gesonnen, alles hinzunehmen. Man habe aber noch zu den Firmeneinhabern das Vertrauen, daß sie nach objektiver Prüfung der Verhältnisse für Abstellung der berechtigten Beschwerden sorgen würden. Darum auch der heutige Appell an die Öffentlichkeit. Es sei überhaupt verwunderlich, daß man immer von Differenzen bei dieser Firma höre. Zwar seien bei der Firma Wertheimer auch Wünsche, auch dort kämen mal Differenzen, aber dort bewerte man den Arbeiter anders. Dort verhandele man in Ruhe und Sachlichkeit mit den Arbeitern und mit den Verbandsbeamten. Mit der Mahnung zur Einigkeit, Solidarität und zur Pflichttreue schloß Camps seinen Vortrag unter brausendem Beifall.

Da trotz Aufforderung keine Diskussion folgte, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die wir in der vorigen Nummer bereits veröffentlicht haben.

Dann nahm der Landtagsabgeordnete Kollege Wallbaum zu einer kurzen Ansprache das Wort. Er sagte, er wolle nicht zur vorliegenden Situation reden, darüber sei er zu wenig informiert. Indessen wolle er den jüngeren Arbeitern mal zu Gemüte führen, daß es früher mit der Solidarität der Arbeiter nicht so wie heute gewesen sei. Auch früher seien viele Klagen gewesen. Aber der Einzelne habe allein gestanden. Heute sei dieses durch die christlich-nationale Arbeiterbewegung anders geworden. Diese Solidarität müsse weiter gepflegt, diese Organisation müsse immer weiter ausgedehnt und innerlich befestigt werden. Nur dann wird die Arbeiterschaft weiter kommen.

Mit einem Hoch auf die Einigkeit und auf den christlichen Textilarbeiterverband schloß Kollege Wallbaum, in das die Versammlung begeistert einstimmte. Hiermit nahm die Versammlung ein Ende, und hoffen auch wir, daß diese ihren Zweck erfüllen wird.

**Aus unseren Bezirken.**

**Gautag der christlich-nationalen Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Wehr.**

Der für den 21. Juni nach Wehr einberufene Gautag der christlich-nationalen Textilarbeiter und -arbeiterinnen des Rheins, Wehra- und Wiesentales war sehr gut besucht und muß als eine imposante Demonstration für die Forderungen und Wünsche der Textilarbeiter-schaft bezeichnet werden. Als Gäste waren erschienen die Herren Abg. Albiez, Stadtpfarrer Huber und Stadtpfarrer Niffel von Wehr, der 2. Vorsitzende unseres Verbandes, Fischer-Düffeldorf, die Sekretäre Kollege Bilger und Simone-Mühlhausen, Kaiser-Lörrach und Rümmele-Freiburg. Um halb 2 Uhr fand vom Bahnhof aus ein Umzug durch die Straßen von Wehr und darauf nach dem Wehrabstalle statt, der rechts den Galerien bald voll besetzt war. Nach einem schneidig gepflegten Einleitungsmarsch und nach Vortragung eines von Arbeitersekretär Kollege Rümmele verfaßten Prologs durch eine der Festungfrauen, hielt Kollege Fischer-Düffeldorf die Begrüßungsansprache, wobei er noch in kurzen Worten auf den Zweck und Bedeutung des Gautages hinwies.

Als erster Redner behandelte dann Kollege Fischer von Säckingen das Thema:

**„Das Lohnwesen in der Textilindustrie des Wiesens-, Wehra- und Rheintales.“**

Einleitend ging der Redner aus von den Jugendverhältnissen des Arbeiterkindes. Entbehrungen in großer Zahl begleiten das Arbeiterkind schon auf seinen ersten Lebenswegen. Am meisten zu beklagen sei, daß die Mutter des Kindes zur Fabrik müsse und dadurch dem Kinde vielfach nicht Erzieherin und Mutter sein könne. Dann gab der Redner ein Bild vom Leben der Textilarbeiter-schaft.

Uebergend zur Schilderung des Lohnwesens stellte der Redner sechs Grundnormen auf, die der gerechte Lohn enthalten müsse. Eingehend schilderte er sodann auch die Grundlagen der Lohnberechnung und hob mit Recht dabei hervor, daß die meisten Arbeitgeber bei der Lohnfestsetzung sich von dem Gedanken leiten ließen, über ein Gewisses dürfe der Arbeiter nicht verdienen. Mit einigen Beispiele bewies er diese betrübende Tatsache. Besonders bedauerlich sei noch, daß die sogenannten Lohnlisten in den einzelnen Betrieben sehr unvollkommen seien. In einzelnen Industriezweigen fehlen diese ganz, und in 58 Abteilungen von 98, in denen der Redner über die Lohnlisten Erkundigungen eingebracht habe, werden die neuen Artikel nicht eingetragen. Hinzu komme noch, daß bei Einführung neuer Artikel, welche oftmals dieselben sind, nur unter einem anderen Namen wie solche, die vor Jahren hergestellt wurden, ganz bedeutend geringere Löhne bezahlt werden gegen früher. Ueber die Festsetzung der Lohnhöhe verfügt der Arbeitgeber allein, seine Arbeiter läßt er da nicht mitsprechen, diese haben nur zu arbeiten und zu schweigen. Tarifverträge seien in der Textilindustrie von Konstanz bis Basel, einschließlich des Wiesentales, nicht anzutreffen. Alle Versuche seien gescheitert an der Haltung der Arbeitgeber. Die Höhe der Löhne selbst sei oftmals als ganz bedauerlich zu bezeichnen. In der Baumwollweberei schwankt der Lohn zwischen 20—35 M. auf drei und vier Stühlen. In der Tuchweberei zwischen 30 und 38 M. ebenfalls in 12 Tagen. In der Seidenstoffweberei zwischen 32 und 40 M., in der Seidenbandweberei zwischen 30 und 40 M., in der Buntweberei zwischen 32 und 42 M., in der Gummiband- und Teppichweberei zwischen 40 und 50 M., in den Vorwerken zwischen 26 und 34 M. und in den Spinnereien zwischen 35 und 42 M. Der Redner hob dann noch eine ganze Anzahl Fälle hervor, die die Löhne sehr beeinträchtigen, wie Abzüge, die in den letzten Jahren vorgekommen seien, schlechtes Material, Warten auf Material usw. Wo in den letzten Jahren die Löhne gestiegen seien, da sei es fast nur auf die Mehrarbeit der Arbeiter zurückzuführen. Man gab den Arbeitern mehr Maschinen zur Bedienung und zog ihnen zugleich am Lohne ab. Die technischen Fortschritte seien lediglich nur den Arbeitgebern zugute gekommen, und die Arbeiter seien die Leidtragenden dabei.

Uebergend zur Schilderung der von den Fabrikanten eingeführten Wohlfahrts-Einrichtungen betonte er, daß manche (z. B. die Wohnungen) oft dazu benutzt werden, um die persönliche Freiheit des Arbeiters zu beeinträchtigen. Es gebe heute noch Fabrikanten, die ihren Arbeitern verbieten, sich zu organisieren, sie selbst aber seien gut organisiert im Fabrikantenverband. Die Arbeiterschaft muß sich durch Zusammenschluß frei machen. Wir wollen einen freien, selbständigen, zielbewußten, pflichttreuen, auf dem Boden des Christentums und des Vaterlandes stehenden Arbeiterstand. Jeder sei dabei, es gilt seiner eigenen Sache.

Nach einer kurzen Pause sprach dann Gewerkschaftssekretär Kollege Rümmele-Lörrach über das Thema:

**„Ein Weg zum Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“**

Ein friedensförderndes Moment, eine Quelle von Konflikten sei die Tatsache, daß der Fabrikant fast durchweg weder auf den Arbeiter und noch weniger auf seine Organisation Rücksicht nehme. Das sei aber eine zweischneidige Schwert, das auch oft den Fabrikanten treffe. Denn die Folge sei ein ständiger Wechsel der Arbeiter, wodurch die Heranbildung eines tüchtigen und verantwortungsvollen Arbeiterstammes verhindert werde. Als Mittel zum Frieden bezeichnete er einmal die Schaffung von wahren Arbeiterausschüssen, die gewählt werden in geheimer Wahl, in denen alle Abteilungen der Betriebe vertreten sind und die ein statutarisches Recht haben, Sitzungen abzuhalten und Beschwerden vorzubringen. Zwei Betriebe in Wurg und Säckingen haben solche zugelassen, während andere die Krankenkassenvorstände vorschoben, die doch nichts zu sagen hätten. Sodann sollten Tarifverträge abgeschlossen werden, die nicht bloß dem Arbeiter, sondern auch dem Fabrikanten Vorteile bringen, sie bedeuten für letztere eine Sicherheit, er kann auf Jahre hinaus Abschlüsse machen, ohne daß er zu fürchten brauchte, durch Ausperrungen und Streiks Störungen zu erleiden. In vielen Betrieben im Rheintal und durchweg in England seien Tarifverträge abgeschlossen. Was dort möglich sei könne auch bei uns bei nur etwas gutem Willen zur Tatsache gemacht werden. Einstimmig wurde dann folgende

**Resolution**

angenommen:

Der vom christlich-nationalen Textilarbeiterverband in Wehr veranstaltete und zahlreich besuchte Gautag der Textilarbeiter Oberbadens stimmt mit den Referenten darin überein, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Textilarbeiter noch sehr viel zu wünschen übrig lassen. Notwendig ist vor allem eine angemessene Erhöhung der Löhne. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß diese mit der Steigerung der Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten nicht Schritt gehalten haben. Infolgedessen hat sich die Lebenshaltung vieler Textilarbeiter-treife erheblich verschlechtert. Umso mehr muß der Gautag auch gegen die zunehmende Verwendung kulturell tieferstehender ausländischer Arbeitskräfte protestieren, weil durch sie die

Löhne und Lebenshaltung der einheimischen Arbeiter nur noch mehr herabgedrückt werden.

Weiter ist nötig eine einheitliche und auch dem Arbeiter leicht verständliche Lohnberechnung. Daß noch vielfach übliche und zu manchen Färten und Ungerechtigkeiten führende Prämien-system ist abzuschaffen. Die Prämien sind auf die Grundlöhne zu schlagen. Für die einzelnen Branchen und Abteilungen sind feste Lohnlisten auszuarbeiten und an leicht erreichlichen Stellen auszuhängen, damit der Arbeiter jederzeit die Höhe seines Verdienstes festzustellen vermag. Für Warten auf Material und Reparaturen sowie für die in der Weberei üblichen Nebenarbeiten ist eine Vergütung in Höhe des vom Arbeiter verdienten Durchschnittslohnes zu gewähren. Der Gautag protestiert auch gegen das in manchen Betrieben noch vorhandene rigorose Straffsystem, vor allem gegen Abzüge für fehlerhafte Ware, die nicht auf das Verschulden des Arbeiters zurückzuführen ist. Im Interesse des Familienlebens und der Volksgesundheit fordert er ferner die Freigabe des Samstag-Nachmittags für die Arbeiterinnen.

Neben der Lohnfrage ist es vor allem die Frage der Organisationsfreiheit und der Gleichberechtigung, die der Arbeiterschaft am Herzen liegt. Die Koalitionsfreiheit ist Vorbedingung für das Aufwärtstreben der Arbeiterschaft. Wir bedauern und verurteilen deshalb ganz entschieden die in letzter Zeit sich häufenden Bestrebungen, die Koalitionsfreiheit noch weiter einzuschränken, respektive deren Ausübung praktisch unmöglich zu machen. Derartige Bestrebungen fördern nur den politischen und gewerkschaftlichen Radikalismus, dessen weitere Erstarkung sicherlich nicht im Interesse unseres Staats- und Volkswohles liegt. Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter durch Arbeitgeber und Behörden, sowie die Verleihung eines Mitbestimmungsrechtes an die Arbeiter bei Abschluß des Lohn- und Arbeitsvertrages allein vermögen den Weg zum sozialen Frieden zu ebnen. Darum tritt der Gautag entschieden für die Einführung von Arbeiterausschüssen und für die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein. Er tut das in der besten Ueberzeugung, damit auch der Industrie selbst, mit deren Blühen und Gedeihen ja das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft aufs engste verknüpft ist, den besten Dienst zu erweisen.

Zur Verwirklichung all dieser Bestrebungen ist vor allem erforderlich ein reges Interesse der Arbeiterschaft an diesen Fragen und ihre tätige Mitarbeit in einer festgefügt und lebensfähigen Organisation. Letztere haben wir im Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter Deutschlands. Dieser war von jeher bestrebt, mit Energie und Nachdruck, aber auch in ruhiger und besonnenen Weise an der Durchführung der vorerwähnten Programmpunkte zu arbeiten. Der Gautag fordert darum die Textilarbeiter-schaft Oberbadens auf, noch mehr wie bisher sich dem genannten Verbände anzuschließen, damit dieser noch kräftiger für die berechtigten Forderungen der Arbeiter einzutreten und deren Rechte gegen die neuerdings auftretenden antisozialen und gewerkschafts-feindlichen Strömungen zu schützen vermag.

In der darauf folgenden Diskussion brachten dann Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Rhein-, Wiesens- und Wehratal ganz interessante und oft auch nicht sehr erbauliche Dinge zur Sprache.

Die Schlußansprache hielt Kollege Fischer-Düffeldorf. Er wies an der Hand der Statistik auf die unlegbare Tatsache hin, daß die Steigerung der Löhne nicht gleichen Schritt gehalten habe mit der Verteuerung der Lebensmittel und daß daher die Forderungen der Arbeiter, speziell der Textilarbeiter, nur zu berechtigt seien. Aber auch das Verlangen nach einer anständigeren Behandlung sei sehr am Plage. Der Arbeiter von heute sei feinfühlicher, er habe auch ein Ehrgefühl, das er nicht mit Füßen treten lasse. Es sei deshalb höchste Zeit, daß der brutale Herrenhandpunkt verschwinde, denn, wie man in den Wald hineinrufe, so schalle es auch wieder heraus. An der in so bedenklicher Weise fortgeschrittenen Radikalisierung weiter Presse der Arbeiterschaft sei auch der so oft getätigte brutale, rücksichtslose Herrenhandpunkt vieler Arbeitgeber zu einem erheblichen Teil schuld, die Nutzung davon zu ziehen, sei nicht schwer.

Mit dem Biede Deutschland Deutschland über alles fand die imposante Veranstaltung einen würdigen Abschluß.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Augsburg.** Sozialdemokratische Jüglinge vor Gericht. Am 22. März 1914 fand in Jettlingen eine Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland statt, in welcher Gewerkschaftssekretär Rothhörl aus Augsburg über die Ruchbarmachung der Reichsversicherungsordnung für die Landwirtschaft sprach. Obwohl die Versammlung intern war, hatte doch ein Tisch voll Sozialdemokraten Einlaß gefunden, die sich von Anfang an sehr bemerkbar machten, wie jeder weiß, der die Methode kennt. Besonders nervös schien man am Genossenschaftlich zu werden, als der Referent auf die neuen Heeresgesetze zu sprechen kam und die bekannte Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag zu denselben beleuchtete, denn jetzt erscholl von dem bekannten Tische her das liebliche Wort „Lüge“ oder „Lügner“. Eine solch sachliche und überzeugende Kritik, aus jorziger sozialdemokratischer Zwischenruferdruck hervorgezogen, ist zu alltäglich, als daß man sich in der Versammlung in Jettlingen besonders aufgeregt hätte. Ja, der Zwischenruf war ganz in Vergessenheit geraten und kam erst wieder aus Tageslicht, als der sozialdemokratische Durchfallstandtrat Schneidermeister Wilhelm Lippel aus Ochsenbrunn, der in der gestrigen Verhandlung als Zeuge vernommen wurde, erzählte, daß bei der Besprechung der Heeresgesetze das Wort „Lüge“ oder „Lügner“ von seinem Tisch aus gefallen sei. Diese also von ziemlich unansehnlicher Seite bezugte persönliche Beschimpfung wurde noch übertroffen, als der Referent vor der Sozialdemokratie warnte mit dem Hinweis, daß sie den Austritt aus der Kirche fördere. Troßdem die Diskussion bereits geschlossen und der Referent das Schlußwort bereits gesprochen hatte, ertöhl der 23jährige Kaiser Dito Geiselfardt aus Burgau nochmals das Wort und er sagte unter anderem: Herr Rothhörl hat den Beweis nicht erbracht, daß die Sozialdemokratie den Austritt aus der Kirche fördere. Ich erkläre Rothhörl als einen Lügner, wenn er sagt, die Sozialdemokraten befürworten den Austritt aus der Landeskirche“. Herr Rothhörl fixierte den Wortlaut dieser schwerbelebigen Aeußerung sofort und stellte dann wegen ihr Klage gegen Geiselfardt. Die Beleidigung wog um so schwerer, als sie in einer Versammlung geschah, die nicht öffentlich war und von der der Sozialdemokrat Lippel selbst

gestand, daß die Sozialdemokraten bezüglich der Redefreiheit nicht mehr hätten verlangen können.

In der gerichtlichen Verhandlung, die am Dienstag nachmittag vor dem Schöffengericht Burgau ausgetragen wurde, führte Oberamtsrichter Fingert den Vorsitz. Der Privatkläger hatte als juristischen Beistand Justizrat Reiffert-Knausburg, der Privatbeklagte Rechtsanwalt Sängers-München, Privatkläger und Privatbeklagter waren persönlich erschienen. Vexterer bestritt, die intrinmierte Neuerung in dem in der Klageschrift angegebenen Wortlaut getan zu haben. Er will zu Nothört gesagt haben: „Bis jetzt haben Sie keinen Beweis dafür erbracht, daß die Sozialdemokratie den Austritt aus der Kirche besorge. Ich habe es mehrmals verlangt. Wenn Sie weiter erklären, daß die Sozialdemokratie den Austritt aus der Kirche besorge, erkläre ich Sie für einen Lügner, bis Sie mir gerichtlich das Gegenteil beweisen.“ Der Privatkläger Gewerkschaftssekretär Nothört betonte demgegenüber, daß er die Aufzeichnung sofort, nachdem die Neuerung gefallen war, gemacht habe und bestritt die jetzige Angabe Geiselhards. Auch habe Geiselhart ihn vor der ganzen Versammlung aufgefordert, ihn zu verfluchen, müsse sich also der Beleidigung bewußt gewesen sein. Im Zeugenvorhör betonte lediglich Schreinermeister Lipp, daß die Neuerung ähnlich gelaute hat wie sie die der Privatbeklagte jetzt vorbringt, während mehrere Teilnehmer an der Versammlung die Angaben Nothörts bezeugten. Justizrat Reiffert erklärte in seinem Plädoyer die unter Anklage gestellte Neuerung für erwiesen und führte aus dem Wesen des Sozialismus heraus, der nur die Materie kenne, den Nachweis, daß die sozialdemokratische Lehre ihre Wurzeln im Atheismus haben müsse. Den Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie nichts mit der Religion zu tun habe, müsse übrigens die Gegenseite führen, da der Beklagte dem Kläger den Vorwurf der Lüge und wie aus der Beweisführung deutlich hervorgegangen sei, den Vorwurf der bewußten Lüge gemacht habe. Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie ihrem innersten Wesen nach religionslos sei, sei an und für sich ja auch gar kein Vorwurf, aber wegzuleugnen, daß die Sozialdemokratie religionslos sei, halte es für außerordentlich ungeschickt. Nach der materialistischen Lehre ist der Mensch nicht ein von Gott geschaffenes Wesen, sondern er ist das Produkt seiner materiellen Umgebung. Alle seine Handlungen, auch die sogenannten sittlichen Handlungen, sind nur Kausalitätshandlungen. Den Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie den Austritt aus der Kirche fördere, hält Redner mit den Massenaustritten in Berlin, die von sozialdemokratischen Führern angezettelt waren und aus der großen Zahl von Anträgen in dieser Richtung auf dem Chemnitzer Parteitag allein schon gegeben. Wichtig sei, daß man auf dem Parteitage so klug war und nicht die letzte Konsequenz der Lehre schwarz auf weiß herausgab, besonders aus Vorsicht vor dem Lande. Die Leute müssen ja unlogisch sein, wenn sie nicht den „Massenboykott der Kirche“ betrieben, denn sie betrachten die Kirche als ein Knechtungsinstitut zugunsten des Kapitalismus, der doch mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden soll. Der Redner beantragt dem Beklagten den § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) abzuerkennen. Rechtsanwalt Sängers, der sich selber als in der sozialdemokratischen Bewegung stehend bekennt, bestritt natürlich, daß die Sozialdemokratie den Austritt aus der Kirche betreibe und belegte seine Behauptung mit Beweisen aus dem Programm und den Parteitagsbeschlüssen, was gar nicht nötig gewesen wäre, denn Justizrat Reiffert hatte ja selbst erklärt, daß man im Programm und auf den Parteitagen so vorsichtig sei, diese letzte Konsequenz nicht schwarz auf weiß hinauszugeben. Der Vorwurf Atheismus bedeutet für die gläubigen Mitglieder des Sozialismus einen schweren Vorwurf. Daß Bebel seine frühere Ansicht über Kirche und Religion später revidiert habe, sei erwiesen.

Nach den Repliken der beiden Anwälte rege der Vorsitzende einen Vergleich an, der dann auf folgender Basis zustande kam: 1. Der Privatbeklagte erklärt, daß er in der Form zu weit gegangen ist, und den Vorwurf der Lüge zurücknimmt. 2. Der Privatbeklagte trägt die in der Sache entstandenen Kosten. 3. Der Privatbeklagte gestattet, daß der Privatkläger auf des Privatbeklagten Kosten innerhalb 14 Tagen durch einmalige Einrückung in der Neuen Augsburger Zeitung den Vergleich bekannt macht. 4. Der Privatkläger zieht Strafantrag und Klage zurück.

M. Gladbach. Die Bedeutung der sozial-studentischen Arbeiterkurse wird hier von der organisierten Arbeiterschaft immer mehr erkannt. Der beste Beweis hierfür war die rege Beteiligung von christlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen an den Kursen, die im vergangenen Jahre während der Herbstferien und in diesem Jahre während der Osterferien abgehalten wurden. In den Osterferien wurden 13 Kurse abgehalten. Hieran nahmen über 300 Mitglieder unserer Gewerkschaften teil. In den letzten großen Herbstferien waren sogar 16 Kurse mit 397 Teilnehmern zustande gekommen. Mehrere von diesen Kursen waren besondere Spezialkurse. So fanden z. B. einige Kurse speziell nur für Heimarbeiterinnen, einige für die hier beschäftigten Arbeiter aus Holland und ein Spezialkursus in Gesundheitspflege statt. Bei letzterem Kursus hatten sich in ganz ungenügender und selbstloser Weise die am hiesigen katholischen Krankenhaus angestellten Herren Ärzte in den Dienst der guten Sache gestellt, während die Kurse für die holländischen Arbeiter von hochwürdigen Franziskanerpater hier selbst geleitet wurden. In allen übrigen Kursen wirkten nur Studierende als Kurs- und Übungsleiter. Mit dem Verlauf der letzten hier abgehaltenen heimatischen Arbeiterkurse waren alle Beteiligten, sowohl Studenten als wie Arbeiter, vollauf zufrieden. Dieses kam vor allen Dingen so recht zum Ausdruck in der im großen katholischen Gesellenhaussaal stattgefundenen imponenten Schlusssitzung der heimatischen Arbeiterkurse. Vom Herrn Referendar Bender aus Düsseldorf waren bei dieser Gelegenheit die Zwecke der sozialstudentischen Bewegung und speziell der heimatischen Arbeiterkurse in einer großartigen Rede dargelegt worden.

Die Zeit der großen Herbstferien rückt nun immer näher heran, und damit von unseren Ortsgruppenvorständen rechtzeitig mit den Vorbereitungen für die Kurse begonnen wird, erscheint es angezeigt, hier noch einmal auf den Zweck der sozialstudentischen Arbeiterkurse hinzuweisen. Die Kurse sollen Schulen für Arbeiter sein zum Zwecke der Wiederbesetzung oder Ergänzung ihrer Volksschulkenntnisse. Nicht in Betracht kommen jüngere Leute, die noch zur Fortbildungsschule gehen müssen oder können. Arbeiterinnen und Frauen werden dagegen zugelassen. Die einzelnen Teilnehmer zahlen für einen vollständigen Kursus im ganzen 50 Pf. Hierfür wird das Hüßbuch geliefert. Bisher wurde schon in den Kursen durchgenommen: Rechnen in verschiedenen Stufen, Lesen, Rechtschreibung, Deutsch in verschiedenen Stufen, Lektüre von Schriftstellern und Theaterstücken, Staatsbürgerkunde, Heimatkunde, Geographie, Stenographie, gesellschaftliche Zusammenfassungen und Gesundheitspflege. Neben-

her wurden den Kurssteilnehmern noch von den Studenten Fremdwörter erklärt, deutsche Stilistik beigebracht, es wurde ihnen gelehrt, Gesuche zu machen, Berichte zu schreiben, Protokolle zu führen, Briefe aufzusetzen usw. Der Unterricht gab allgemeine Regsamkeit und war für sehr viele Mitglieder unserer Organisationen ein wahrer Segen. Besonders für jene Mitglieder in unserer Bewegung, die eine Vertrauensstellung bekleiden, ist der Unterricht geradezu eine zwingende Notwendigkeit. Unsere Vorsitzenden, Vorstandsmitglieder, Vertrauenspersonen, Kassierer und Schriftführer sind alles Leute, die mit dem Kopf, dem Wort und der Feder Bescheid wissen müssen, sind Leute, die auch geistige Interessen haben, die auch mit Menschen anderer Stände irgendwie verkehren müssen. Das lernen sie auch im heimatischen Arbeiterkursus. Studenten und Arbeiter treten dort einander näher und lernen ihre gegenseitigen Formen verstehen.

Die Unterrichtsverteilung selbst ist also nicht einmal der wichtigste Erfolg der Kurse. Wichtig ist noch ihr zweites Ziel. Die Kurse sollen auch den Studierenden Gelegenheit geben, uns Arbeiter besser kennen zu lernen. Manchmal müssen wir ja heutigentags noch erschrecken über das Maß des Unverständnisses, der Vorurteile, der Unkenntnisse, der mangelhaften Belehrung über und auch der mangelhaften Interessierung für unsere Angelegenheiten. Als einer der erfolgreichsten Wege zu einer geistigen Annäherung haben sich unsere heimatischen Arbeiterkurse erwiesen. Universitätsstudenten der verschiedensten Fakultäten unterrichten, also künftige Rechtsanwälte, künftige Gymnasiallehrer, künftige Ärzte, künftige Richter, künftige Fabrikdirektoren, künftige Geistliche, künftige Journalisten, künftige Universitätslehrer. Uns Arbeiter kann es durchaus nicht gleichgültig sein, wie man über uns in den Kreisen der Angehörigen anderer Stände urteilt. Geltung in diesen Kreisen ist eine Macht im Staate. Bündnis mit Männern der Feder, Sympathie in der öffentlichen Meinung, anerkennende Beurteilung in der großen Presse, Hochachtung bei den geistig führenden Männern ist nicht zu verachten. Das ist oft der halbe Sieg. Wenn wir das wollen, müssen wir hier frisch zugreifen und nach besten Kräften die sozialstudentischen Arbeiterkurse fördern dadurch, daß wir uns selbst daran beteiligen und immer mehr Kolleginnen und Kollegen für eine Teilnahme an den Kursen zu gewinnen suchen.

Die sozialstudentischen Kurse sollen dann aber auch endlich noch uns Arbeitern Gelegenheit bieten, wenn auch nur ganz im Kleinen, uns ein gerechtes Bild zu machen über diejenigen, die später in führenden Stellungen tätig sind. Nicht nur die Vertreter der bestehenden und gebildeten Schichten bedürfen in Deutschland einer Erziehung zur Kenntnis und Achtung der handarbeitenden Schichten, auch umgekehrt ist diese Erziehung für uns Arbeiter zur Kenntnis, zur Achtung der geistigen Arbeit nötig. Das Vertrauen der unteren Volksschichten zu den oberen Volksschichten ist in unserm Vaterlande, Gott sei's gegnagt, schwer erschüttert. Die geistige Arbeit wird vielfach nicht mehr verstanden, man achtet ihren Wert nicht, man hält die führenden Schichten im großen und ganzen für ausbeuterisch, volksfeindlich, eigennützig. In den Kursen haben wir Arbeiter Gelegenheit genug, uns davon zu überzeugen, daß die allermeisten Studenten nicht so sind, wie das Volk sie sich vielfach noch denkt und wie man sie in den Zeitblättern beschreiben findet. Ein großes Maß von ernster, ja aufreißender Arbeit, von entwickeltem Pflichtgefühl und von bestem idealem Willen, dem Volksganzen zu dienen, gibt es unter den 60000 deutschen Studenten. Diejenigen von uns, die schon an den bis jetzt hier abgehaltenen Kursen teilgenommen haben, konnten sich auch selbst oft genug davon überzeugen, wie hart manchmal geistige Arbeit sein kann. Durch ihre Teilnahme ist aber auch ihr Gesamturteil über die Männer der geistigen Arbeit günstig beeinflusst worden.

Die Vorstände unserer Ortsgruppen bitten wir nun recht dringend, mit den Vorbereitungen für die Kurse in diesem Sommer möglichst frühzeitig zu beginnen. Es dürfte sich überall empfehlen, zunächst gemeinsam mit den Vorständen der konfessionellen Vereine Besprechungen abzuhalten. Die Einladungen zu diesen Besprechungen können unsere Ortsgruppenvorsitzenden ergehen lassen. In den Besprechungen soll dann unter möglicher Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse ein Plan für die Kurse in den Herbstferien aufgestellt werden. Gewerkschaft und konfessionelle Vereine bereamen hierauf an den einzelnen Orten Versammlungen aller Mitglieder an. In diesen Versammlungen wird der ausgearbeitete Plan vorgelegt und endgültig darüber Beschluß gefaßt. Nach den Versammlungen ist sofort den freigestellten Kollegen genau mitzuteilen, was von den Teilnehmern an den Kursen in bezug auf Unterrichtsgegenstand, Zeit und Lokal besonders gewünscht wird.

Honsdorf. Historische Ausstellung der Bergischen Wandindustrie. In mehreren Sitzungen mußte sich der Ausstellungsausschuß wieder mit der leidigen Platzfrage befassen. Honsdorf besitzt keine, für größere Ausstellungen geeigneten Räumlichkeiten. Auch der angemietete Saal des „Atheinischen Hofes“ konnte den Raumansprüchen der Ausstellungskommissionen nicht genügen. Ein von der hiesigen Baufirma J. E. Lange projektiierter, weiterführender Hallenbau nach der Gartenseite des Ausstellungslokales hin, durch den die vorhandenen Räume um mindestens das Doppelte erweitert werden, wurde in den beiden letzten Ausschusssitzungen aufs eingehendste erörtert und genehmigt. Der Schritt hierzu, so wesentlich er den Ausstellungsstat belastet, war erforderlich, wenn man sich nicht leichtsinnig darüber hinweg setzen wollte, daß anders eben eine Menge, mit großer Müheaufwendung hergeschaffter historischer Gegenstände der Ausstellung entzogen werden müßte. Durch die nun so geschaffene Situation, welche nach keiner Seite hin noch Einschränkung erfordert, werden die verschiedenen Gruppen für den Ausstellungsbesucher aber auch erheblich an Ansehen gewonnen haben, denn ein großer Teil dieser Besucher achtet nicht allein darauf, was er sieht, sondern auch wie er's sieht, was dann auf die öffentliche Stimmung einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausübt.

Sodann können wir noch von erfreulichen, fast rühmworteten Resultaten der Kursergebniskommission berichten. Da diese Kommission zu Anfang dieses Jahres noch immer auf erhebliche Schwierigkeiten stieß, kann dieselbe heute schon mit Stolz und größter Befriedigung auf ihre Erfolge zurückblicken. Aber nicht allein diese, sondern alle in Betracht kommenden Abteilungen der Ausstellung haben sich weit über ihren ursprünglich gedachten Rahmen hinaus entwickelt, sodaß man bei Eröffnung der Ausstellung jedenfalls die Gemüthsheit haben darf, hier wirklich etwas Ganzes geschaffen zu haben.

Siegburg. Für die Arbeiter der Rattunfabrik Siegfeld dürfte es von Interesse und von Nutzen sein, zu erfahren, daß sie die miserabelsten Lohnverhältnisse von allen

Rattunfabrikarbeitern haben, welche am 28. Juni auf der Branchenkonferenz der Färberei- und Druckerarbeiter in Siegfeld vertreten waren. Die Konferenzteilnehmer waren erklaunt und entrüstet, daß in Siegfeld noch Tagelöhne von M. 2,20 und 2,30 gezahlt werden. Und nicht nur an einzelnen Arbeiter, sondern an die Arbeiter ganzer Abteilungen werden solche Jammerlöhne gezahlt. Da ist es allerdings erklärlich, daß die Bonner Handelskammer sich beschwerdeführend an den Kriegsmünster wendet, wegen der angeblich zu hohen Lohnsätze, welche den Arbeitern der Siegfelder Rattunfabrik gezahlt werden, wodurch die Privatindustrie im Siegfeld geschädigt werde. Wenn der Kriegsmünster erfährt, welche horrenden Lohnsätze die Rattunfabrik Siegfeld den großjährigen männlichen Arbeitern zahlt, wird er sicher volles Verständnis für die Eingabe der Bonner Handelskammer bekunden und an die Klagen und Beschwerden der Vertreter der Privatindustrie des Siegfeldes die richtige Antwort geben. Die Arbeiter der Privatindustrie mögen aber aus diesen Vorgängen erfahren, wie sie nicht nur sich selbst und ihre Familien schädigen, wenn sie für solche Jammerlöhne arbeiten, sondern auch ihre Arbeitsbrüder in den staatlichen Betrieben.

Selbstredend können die Arbeiter der Siegfelder Rattunfabrik auch bei allergrößter Einschränkung mit einem Tagelohn von M. 2,30 keine Familie ernähren. Sie müssen durch Leistung unzähliger Ueberstunden ein Mehrverdienst zu erreichen suchen. Wie die Arbeiter gesundheitlich hierunter leiden, kann jeder feststellen, der nur einmal bei Fabrikabschluss die Arbeiter vorbeipassieren läßt. Um die Arbeiter, besonders die gelehrten, an den Betrieb zu ketten, hat die Firma ein Prämiensystem für verschiedene Kategorien eingeführt und beschäftigt die gelehrten Berufsarbeiter wie Zeichner, Graveur, Drucker usw. nur bei Abschluß langjähriger Kontrakte, die u. E. gegen die guten Sitten verstoßen.

Demnächst werden wir uns eingehender mit der Sache befassen und einmal die einzelnen Mißstände unter die Lupe nehmen. Die Konferenzteilnehmer in Siegfeld konnten es nicht verstehen, daß die Arbeiter von Siegfeld sich nicht durch Anschluß an den christlichen Textilarbeiterverband durch Mühseligkeit geben, energig für die Befestigung der Mißstände und in erster Linie für eine durchgreifende Lohnerhöhung zu wirken.

### Juristischer Brieffasten.

Alle Anfragen sind an die Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung zu richten. Die Antwort erfolgt in der Regel nach 14 Tagen.

Anfrage A. B. Einem unserer Kollegen ist das Wohnhaus abgebrannt. Nun möchte er das neue auf derselben Stelle bauen und in der dem Nachbar zugekehrten Mauer wieder dieselben Fenster, an Zahl und Größe, wie sie an dem abgebrannten Haus waren, anbringen. Darf er das auch ohne des Nachbarn Einwilligung? Das alte Haus stand mehr als 30 Jahre.

Antwort. (Nur gültig für Elsaß-Lothringen) Wenn das abgebrannte Haus am 1. Januar 1900 schon 30 Jahre stand, so darf der Eigentümer in der Mauer des neuen Hauses die gleichen Fenster anbringen, wie sie an dem alten Hause während der 30 Jahre waren.

Ist das nicht der Fall, so darf er die Fenster in dem neuen Hause auch dann so anbringen, wie in dem abgebrannten Hause, wenn er oder einer derjenigen, die das abgebrannte Haus vor ihm besaßen, mit dem Nachbar oder dessen Vorgänger sich über die Anbringung der Fenster geeinigt hatten. Liegt aber auch eine solche Einigung vor früher her nicht vor, so muß der Eigentümer des abgebrannten Hauses bei der Anbringung der Fenster die Erlaubnis seines Nachbarn haben. Ohne diese Erlaubnis darf er die Fenster in der Mauer nur so anbringen, wie §§ 66 und folgende des Ausführungsgesetzes zum B.G. für Elsaß-Lothringen angeordnet. Diese können der Länge halber nicht abgedruckt werden, sind aber auf dem dortigen Gemeindeamt zu erfahren.

### Versammlungskalender.

- Grefrath. 6. Juli, 11 Uhr, bei W. R. Hammes.
- Goesfeld. 12. Juli, 1/3 Uhr Auftreten am Bettertor zum Ausflug nach Lese.
- Dahlhausen (Wupper). 19. Juli, 2 Uhr, bei Feinr. Sings.
- Elsfeld. 13. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Ferkentrat, Klossbain.
- Rißcheln. 19. Juli, 11 1/2 Uhr, bei Ludwig Finl.
- Forst (Rauß). 14. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Grapmann, Gerberstraße 26.
- M. Gladbach-Lürrip. 18. Juli, 9 Uhr, bei Peter Hüfner, Neuperstraße, außerordentliche Generalversammlung.
- Kettenitz. 18. Juli, 9 Uhr, bei Fr. Neberk, Generalversammlung.
- Köln-Mülheim. 15. Juli, 7 Uhr, bei Böcker, Wallstr. 10.
- Mülheim (Rhein). 8. Juli, 6 1/2 Uhr, bei Böcker, Wallstr. 10.
- Odenkirchen. 12. Juli, 10 Uhr, im deutschen Eck, Generalversammlung.
- Rheinbahlen. 19. Juli, 10 Uhr, bei Böcker (oben).
- Rheydt. 26. Juli, 10 1/2 Uhr, in der Bürgergesellschaft (Bahnhofhotel), Generalversammlung.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913 — Der IX. Kongreß der sozialdemokratischen Gewerkschaften — Fachauschüsse für Heimarbeiter — Scharfmacherei im bayerischen Industriellenverbände. — Allgemeine Kundschau: Abgeblüht. — Die Inquisition. — Laten beweisen. — Aus unserer Bruderverbänden. — Gläubig rückwärts. — Ein Jubiläum. — Geistige Waffen der Krefelder Genossen. — Kofferspflichtig abgeben. — Bekämpfer der christlichen Gewerkschaften vor Gericht. — Reichstet und Gesetzgebung. — Aus unserer Industrie: — Keine Betriebsbeschränkung in den deutschen Spinnereien. — Deutsche Luchtkonvention und Abnehmerverbände. — Aus der deutschen Zuteindustrie. — Wollpreise und Tuchgewerbe. — Aus dem Verbande gebiete: An die Ortsgruppenverwaltungen! — Stimmen aus Verbandsgeneralversammlung. — Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Forst i. L. — Südeisenwegen. — Jöllenbed. — Aus unseren Bezirken: Gautag der christlich-nationalen Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Bielefeld. — Berichte aus den Ortsgruppen: — Augsburg. — M. Gladbach. — Honsdorf. — Siegburg. — Juristischer Brieffasten. — Versammlungskalender.